

# **Auswertung der sächsischen Landtagswahlen 2014**

Vorgelegt von Rico Gebhardt, Antje Feiks und Stefan Hartmann

## Inhalt

Teil 1 .....	4
0. Voraussetzungen .....	4
1. Die Wahlergebnisse der LINKEN seit 2008/09 in Bund und Ländern .....	10
1.1 Die Wahlergebnisse der LINKEN bei den Bundestagswahlen 2009 und 2013 .....	10
1.2 Die Wahlergebnisse der LINKEN bei Landtagswahlen zwischen 2008/09 und 2014 .....	12
1.3 Die Wahlergebnisse der LINKEN bei den Europawahlen 2009 und 2014.....	15
1.4 Die Wahlergebnisse der LINKEN in Sachsen, Brandenburg und Thüringen 2009 und 2014..	15
1.5 Zusammenfassung und Einschätzung.....	16
2. Neue politische Faktoren zwischen 2008 und 2014 .....	17
2.1 Piraten.....	17
2.2 AfD .....	17
2.3 Der vorläufige Zusammenbruch der FDP .....	19
3. Die Parteienlandschaft in Sachsen nach den Landtagswahlen 2014 .....	20
3.1 CDU .....	20
3.2 DIE LINKE .....	20
3.3 SPD .....	21
3.4 Grüne .....	22
3.5 FDP .....	22
3.5 AfD .....	23
3.6 NPD.....	23
3.7 Piraten.....	23
3.8 Freie Wähler .....	24
4. Die Ergebnisse der LINKEN. Sachsen bei den Landtagswahlen 2014 .....	24
4.1. Gesamtergebnis und Gesamtentwicklung des Elektorats .....	24
4.2 Regionale Unterschiede .....	24
4.2 Die Stimmenverluste .....	25
Zusammenfassung.....	28
Teil 2 .....	30
1. Einordnung der Landtagswahl und Wahlkampfzubereitung .....	30
2. KandidatInnen .....	31
2.1. Das 6er Team .....	32
3. Die Kampagne .....	32
3.1. Entstehung.....	32
3.2. Die Wahlstrategie .....	33
3.3. Widerstände .....	35
3.4. Die Touren.....	36

3.5. Zusätzliche Events.....	38
3.6. Viele helfende Hände .....	39
4. Der Onlinewahlkampf .....	39
5. Zentrale Planungen in Absprache mit KV .....	40
5.1. Finanzen - Ausgaben für die Wahlkämpfe im Jahr 2014.....	41
6. Medienberichterstattung .....	42
6.1. Spitzenkandidat.....	42
6.2. Auftakt .....	43
6.3. Wahlkampfbegleitend.....	43
6.4. Kipping, Riexinger, Gysi, Bartsch und Co.....	43
6.5. Zuspitzung zum Wahlkampf hin .....	44
6.6. Vergleich zu anderen Parteien und zu 2009 .....	44
7. Die Wahlergebnisse .....	45
7.1. Erste Einschätzung der Wahlnacht.....	45
7.2. Die wichtigsten Politikfelder und wahlentscheidenden Themen .....	47
8. Zusammenfassung.....	47
8.1. Die letzte schwarz-gelbe Landesregierung geht von Bord.....	48

## Teil 1

### 0. Voraussetzungen

In der Vorbereitung des Wahlzyklus 2013/14 wurden umfangreiche und gründliche Analysen der gesellschaftlichen Situation in Europa, der BRD und Sachsen vorgenommen. Dazu wurden zahlreiche intensive Diskussionen auf allen Ebenen geführt. Auf Parteitage, bundesweiten und landesweiten Diskussionsveranstaltungen, in Kreisverbänden, auf Ebene der örtlichen Gliederungen und der inhaltlichen Zusammenschlüsse wurden zwischen Anfang 2013 und Mitte 2014 zahlreiche intensive Debatten geführt. Insbesondere im Landesverband Sachsen wurden die Diskussionen zu den Wahlprogrammen und den Wahlstrategien zur Bundestagswahl, zur Europawahl und zur Landtagswahl qualitativ und quantitativ auf hohem Niveau geführt. Im Ergebnis stand ein sehr hoher Beteiligungsgrad der sächsischen Parteibasis an den inhaltlich-strategischen Grundlagen für die Wahlkämpfe in diesem Zeitraum. Für das sächsische Landeswahlprogramm drückte sich dies unter anderem in einer überwältigenden Zustimmung auf dem Landesparteitag zum Landeswahlprogramm aus, darüber hinaus gab es keine erheblichen politisch-inhaltlichen Kontroversen, die in Anträgen, Änderungsanträgen oder Ergänzungsanträgen zum Ausdruck gekommen wären.

Im Rahmen der grundlegenden strategischen Analysen für Europa, die BRD und Sachsen wurden im Rahmen dieses Wahlzyklus für die europäische, die bundesdeutsche bzw. die sächsische Ebene die folgenden Aussagen getroffen:

Seit 2007 ist die Weltwirtschaft in der größten Krise seit 80 Jahren. Für alle ist sichtbar: Der Kapitalismus ist unfähig, die brennendsten Probleme der Menschheit zu lösen. Er verschärft in seiner Tendenz immer die soziale Ungleichheit. Löhne und Gehälter werden gedrückt und die Reichen weitgehend aus der Finanzierung des Gemeinwesens entlassen. Die Suche nach kurzfristigen Anlage- und Profitmöglichkeiten ist zum treibenden Moment der wirtschaftlichen Entwicklung geworden. Gesellschaftlich notwendige öffentliche Infrastruktur, langfristige wirtschaftliche Strukturen, ökologischer Umbau von Energie und Produktion, dringend notwendige Dienstleistungen im Sozialen, in Gesundheit und Erziehung – über die Märkte werden keine Investitionen dorthin gelenkt. Hier brauchen wir demokratische – also politische – Formen der Steuerung von Investitionen.

Für die Krise in Europa waren drei Ursachen besonders bedeutsam:

1. Die Finanzmärkte wurden in den vergangenen zwei Jahrzehnten massiv dereguliert. Neoliberale Politik hat die Regeln des internationalen Finanz- und Bankensystems weitgehend beseitigt. Es wurden Schattenbanken zugelassen wie zum Beispiel Hedgefonds und außerbilanzielle Zweckgesellschaften. Eigenkapitalvorschriften der Banken wurden gelockert und der Handel mit hochriskanten Finanzprodukten erlaubt. Die gesamtwirtschaftliche Kreditvergabe stieg stärker als die Wirtschaftsleistung und führte zu einer weltweiten Finanzkrise.
2. Die Liberalisierung der Finanzmärkte wurde von einer Umverteilung der Einkommen und Vermögen von unten nach oben und einer Privatisierung der Altersvorsorge begleitet. Seit zwei Jahrzehnten steigen die Gewinne weltweit viel stärker als Löhne und Sozialeinkommen. Zudem zahlen große Unternehmen, Banken und Vermögende immer weniger Steuern. Die Massenkaufkraft ist gesunken, höhere Gewinne werden kaum noch investiert. Das so frei gewordene Kapital drängte auf der Suche nach kurzfristigen Anlage-

und Profitmöglichkeiten auf die Finanzmärkte und in die Spekulationsblasen.

Deregulierung und Umverteilung von unten nach oben führten in nahezu allen EU-Staaten zu einer Banken- und Finanzkrise. Europaweit wurden Rettungsschirme für Banken aufgespannt – auf Kosten der Bevölkerung: Erst durch diese Milliardenzahlungen, mit denen die Banken gerettet werden sollten, wurden die Staatsschulden in vielen EU-Staaten in die Höhe getrieben.

3. Extreme Ungleichgewichte beim Außenhandel in einem gemeinsamen Währungsraum haben zu erheblichen Problemen geführt. Die deutsche Wirtschaft ist auf Export getrimmt worden: mit Niedriglöhnen im Bereich der Dienstleistungen und der Zulieferer. Die Binnennachfrage wurde vernachlässigt. Die übermäßigen Exportüberschüsse der einen (vor allem Deutschlands) sind die Schulden der anderen, weil Letztere ihre Importüberschüsse durch eine Kreditaufnahme bezahlen müssen. Eine Lösung der Krise, ohne die Ungleichgewichte im Handel mit Waren und Dienstleistungen in Europa abzubauen, ist aussichtslos.

Die entscheidende Frage, wer die Macht zur Gestaltung der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnisse besitzt, ist heute zu Ungunsten der Politik entschieden. Nicht demokratisch gewählte Vertreter\_innen der Bevölkerung, sondern Repräsentanten und Eigentümer der großen Konzerne und Banken und deren Gewinninteressen bestimmen und prägen immer mehr die Geschehnisse des Landes.

Gegen diese Entwicklung regt sich aber zunehmend Protest. Widerstand leisten viele Bürger\_innen, die sich in Bürgerinitiativen und sozialen Bewegungen versammeln, die mehr und vor allem direkte Demokratie fordern. Widerstand kommt auch von den Interessenverbänden der Beschäftigten, den Gewerkschaften des DGB. DIE LINKE steht an der Seite der Menschen, die Widerstand leisten und nach Alternativen zur herrschenden Politik suchen. So verschieden die Ziele und Wege, so klar und einfach unsere Parteinahme in diesem Konflikt: gegen die Macht des Kapitals und für die Demokratie. Wir wollen eine weitestgehende Demokratisierung der Gesellschaft.

Was wird aus Europa? Vor allem die Führung der deutschen Sozial- und Christdemokraten versucht, die Menschen glauben zu machen, dass Deutschland von der Krise weitgehend verschont worden sei und bleiben werde, weil es mit der Politik der Agenda 2010 im Gegensatz zu vielen anderen europäischen Nachbarn rechtzeitig Vorsorge getroffen habe. Arbeitsplätze, Einkommen, Spareinlagen und Renten seien daher sicher. Dafür hätten die Deutschen auch Opfer gebracht - Lohneinbußen, Niedriglöhne, Leiharbeit, Hartz IV und die Rente erst ab 67 -, aber der Erfolg sei unbestreitbar. Über Medien wird permanent verbreitet, dass die Menschen in Europa nun ähnliche Opfer zu bringen hätten und den Gürtel noch enger schnallen müssten. Darüber herrscht Einigkeit unter den Hartz-IV-Parteien im Bundestag - und das sind alle außer der LINKEN! Ein großer Teil der Bevölkerung stimmt dieser Erzählung durchaus zu.

Andererseits geht in Deutschland auch die Angst um. Die Zweifel wachsen: Wie lange lässt sich diese Art der Krisenpolitik aufrechterhalten? Eine berechtigte Frage. Europa wird totgespart, und auch der Wirtschaft in Deutschland drohen schwere Einbrüche. Die Bankenkrise wird immer mehr zur Krise der Staatsfinanzen und droht, völlig außer Kontrolle zu geraten. Die Verelendung breiter Bevölkerungsschichten, die Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit gerade auch junger Menschen in den Krisenstaaten wächst, die sozialen

Verwerfungen nehmen zu und drohen, zu gewaltsamen Konflikten mit unabsehbaren Konsequenzen zu führen. Nicht nur der Frieden in den betroffenen Ländern ist in Gefahr, die Krise bedroht den Zusammenhalt und die Demokratie in ganz Europa. Die LINKE stellt sich entschieden gegen eine Politik, die solche Entwicklungen zulässt und fördert.

DIE LINKE ist Teil der europaweiten Massenproteste gegen das EU-Spardiktat - aus Solidarität und weil Griechenland, Spanien und Portugal die Teststrecke für kommenden Sozialabbau in Deutschland sind. Der Erfolg der Proteste hat einen wichtigen Einfluss auf die Zukunft der Demokratie und der sozialen Errungenschaften in Europa. DIE LINKE setzt der herrschenden Erzählung und Politik Alternativen entgegen. Die Krise ist ein Resultat der Umverteilung von unten nach oben bzw. der Entfesselung der Finanzmärkte, der Architektur der EU als Wettbewerbsunion sowie der außenwirtschaftlichen Verwerfungen, insbesondere verursacht durch die Lohndrückerei in Deutschland. Die politischen Eliten nutzen die Krise im Euroraum, um über die europäischen Institutionen und neue Instrumente die Politik gegen die Bevölkerungsmehrheit zu radikalieren, die demokratischen und sozialen Errungenschaften der Nachkriegsentwicklung zu zerstören und die Macht zu Gunsten der kapitalistischen Klassen und der mächtigsten Nationalstaaten in der EU weiter zu verschieben. DIE LINKE formuliert als einzige Partei Alternativen zum Europa der Krise und des Angriffs auf Demokratie und Sozialstaat. Wir stehen für einen Neustart der Europäischen Union. Wir wollen eine Demokratisierung Europas, eine von den Finanzmärkten befreite Staatsfinanzierung sowie eine koordinierte und demokratisch kontrollierte Wirtschafts- und Sozialpolitik, die auf starke Binnenmärkte und Ausgleich in Wirtschaft und Handel zielt. Das ist die Alternative der LINKEN. Das ist die Alternative der LINKEN, die sie bei der kommenden Bundestags- und der darauf folgenden Europawahl zur Abstimmung stellt.

Für viele Menschen ist der Kampf gegen die rasch zunehmende gesellschaftliche Ungleichheit und die Umverteilung des Reichtums von unten nach oben, gegen die anhaltende Lohndrückerei besonders im Niedriglohnbereich, gegen Rentenkürzungen und die Schikanierung von Erwerbslosen sowie gegen den fortschreitenden Verfall öffentlicher Infrastruktur und die Verschlechterung vieler öffentlicher Leistungen eine zentrale politische Aufgabe. DIE LINKE kann und muss sich profilieren als die Partei, die als einzige konsequent diesen Kampf führt und Alternativen formuliert. DIE LINKE will die fortschreitende Umverteilung des von den arbeitenden Menschen produzierten Reichtums zu Gunsten einer Minderheit von Kapitaleigentümern stoppen und umkehren. Wir kämpfen für einen Ausbau des Sozialstaats, von Bildung, Gesundheit und Pflege und für die gerechte Finanzierung der öffentlichen Leistungen durch kräftige Besteuerung des Reichtums. Die Frage der sozialen Gerechtigkeit, der Entstehung und Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums sowie die Notwendigkeit der Stärkung des Sozialen und des Öffentlichen werden wir zu einem zentralen Thema der kommenden Bundestagswahl machen: bei der Verteilung von Eigentum, Vermögen und der Einkommen, der Höhe der Renten, der Leistungen des Gesundheitssystems, der Wege zur Arbeit, der Belastungen Alleinerziehender, den Chancen von Kindern unterschiedlicher Herkunft und den Perspektiven von Menschen mit Migrationshintergrund. Darüber hinaus gibt es nach wie vor - 22 Jahre nach der deutschen Einheit - eine für uns niemals zu akzeptierende Ungleichheit bei Löhnen und Renten zwischen Menschen aus Ost- und Westdeutschland.

Viele Menschen erleben, wie die wachsende Ungleichheit in Deutschland sie einschränkt in ihrer Mobilität, bei der Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben, beim Sport und in der Freizeit, beim politischen Engagement. Weniger Zeit zu haben für das, was einem wichtig ist, ist die Realität für immer mehr Menschen. Arbeitsdruck, ungesunder Stress, Doppelbelastungen - sei es durch die Notwendigkeit mehrerer Jobs oder auch durch die Pflege von Angehörigen - machen seelisch und körperlich krank. Neben der persönlichen Belastung für die Betroffenen hat dies auch gravierende Auswirkungen auf die Sozialsysteme und führt zu enormen wirtschaftlichen Verlusten. Soziale Begegnungen, Austausch, das normale menschliche Miteinander und Zusammenleben werden aufwändiger, schwieriger, ja, der soziale Zusammenhalt selbst wird brüchiger. Immer mehr Menschen vereinsamen. DIE LINKE wird im Wahlkampf politische Stimme all jener sein, die eine andere, solidarische Gesellschaft wollen. Jetzt und hier geht es um mehr Menschlichkeit und um soziale Nähe, Mobilität, Teilhabe und freie Zugänge zu dem, was der Mensch zum Leben in Gemeinschaft braucht: zu Bildung, Kunst und Wissenschaft, zu Netzen und öffentlichen Räumen usw.

Wir erleben gegenwärtig Auseinandersetzungen um die Energiewende und bei den Patent- und Urheberrechten.

Große Energieversorgungsunternehmen und regierende Politik behindern die Energiewende. Sie setzen auf zentrale Lösungen und behindern bürgernahe und kommunale Formen der Energieversorgung. Mit der vorgeblichen Sorge um steigende Energiepreise werden Beschäftigte der energieintensiven Betriebe in Angst um ihren Arbeitsplatz versetzt, und Einkommensschwachen wird suggeriert, die Energiewende sei hierfür der Grund, wobei in Wirklichkeit die verfehlte Energiepolitik, Privatisierung und Gewinne der Konzerne für steigende Energiekosten der Privathaushalte verantwortlich sind.

Im Kampf um ein modernes Patent- und Urheberrecht geht es schließlich darum, Wissen produktiv weiterverwenden zu dürfen und das Recht auf private Nutzung mit dem Recht der Schöpfer\_innen geistiger Werke auf angemessene Bezahlung in Einklang zu bringen, wobei die private Aneignung von Wissen in Form von Urheber- und Patentrechten auch nicht zur ökonomischen oder kulturellen Entwicklungsschranke werden darf.

Dabei erleben wir in den Bereichen der Wirtschaft, in denen Wissen eine zentrale Bedeutung erlangt hat, spannende Veränderungen. Weil dort die klassischen Formen der Zerlegung und Kontrolle der Arbeit nicht mehr einfach übertragbar sind, werden flachere Produktionsstrukturen notwendig, die zu einem Anspruch auf mehr Mitsprache bei den Beschäftigten führen.

Die LINKE will beide technischen Entwicklungen fördern und die demokratischen und sozialen Potenziale, die diese ermöglichen, frei setzen. Wir setzen dabei einerseits auf eine soziale und demokratische Gestaltung der ökologischen Transformation des Kapitalismus durch soziale Energietarife und kommunale Energieversorgung und andererseits auf einen fairen Interessenausgleich zwischen den Schöpfer\_innen geistiger Werke und Kulturgütern sowie ihren Nutzer\_innen.

Weltweit sehen wir uns mit Kriegen und unendlichem Leid unschuldiger Menschen konfrontiert. Die globalen Auseinandersetzungen um knappe Rohstoffe, um billige Arbeits- und ertragreiche Absatzmärkte spitzen sich zu. Die weltweiten ungezügeltten Spekulationen an den Finanzmärkten - nicht nur mit Währungen, sondern auch zunehmend mit

lebenswichtigen Rohstoffen und Grundnahrungsmitteln - haben gravierende Folgen für Milliarden von Menschen auf der Erde. Westliche Staaten und andere Großmächte versuchen, immer größeren Einfluss auf die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in allen Teilen der Erde zu erlangen, um imperialistische Interessen und Politik durchzusetzen. Auch aus diesem Grund wächst die Gefahr militärischer Auseinandersetzungen.

Deutschland ist durch die NATO-Mitgliedschaft und die gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik in Mechanismen militärischer Konfliktlösung eingebunden. Zudem liefert Deutschland als drittgrößter Rüstungsexporteur Waffen in alle Welt. Wir sind der Meinung, solange mit Krieg Geld verdient werden kann, wird es immer wieder zu militärischen Konflikten und verheerenden Kriegen auf der Welt kommen. Von Deutschland soll nie wieder Krieg ausgehen! Wir stehen zum Schwur von Buchenwald: Der Aufbau einer neuen Welt in Frieden und Freiheit ist unser Ziel. Wir gehen als Friedens- und Abrüstungspartei, als Partei der zivilen Konfliktlösung und der solidarischen Zusammenarbeit in die kommenden Wahlkämpfe. Die Bundeswehr muss aus allen Auslandseinsätzen zurückgezogen werden.

Die demokratische Verfasstheit unseres Landes sehen wir gegenwärtig durch verschiedene Entwicklungen gefährdet. Wir sehen, dass der Bundestag zunehmend nur noch Entscheidungen nachvollzieht, die ihm die Finanzmärkte diktieren; wir stellen fest, dass außer der LINKEN alle anderen im Bundestag vertretenen Parteien Empfängerinnen von Großspenden der großen Industriekonzerne, Versicherungen und Banken sind. Wir konstatieren, dass wir uns als einzige Partei dagegen gewehrt haben, dass das Haushaltsrecht der Parlamente durch den Fiskalpakt grundlegend beschnitten wurde. Wir erleben, dass der Verfassungsschutz unsere Abgeordneten beobachten darf und gleichzeitig über Jahre neonazistische Strukturen über die Entlohnung von V-Männern faktisch mitfinanzierte. Wir werden diesen schleichenden Abbau demokratischer Rechte nicht hinnehmen.

Auf der anderen Seite stellen wir erfreut fest, dass immer mehr Bürger\_innen sich konkret einmischen. Sei es bei Protesten gegen den Ausbau von Flughäfen (z. B. in Frankfurt und Berlin), sei es bei unsinnigen Großprojekten (Stuttgart 21), sei es beim Kampf um die Energiewende (Atomausstieg), bei netzpolitischen Fragen (Acta), sei es bei sozialen Protesten (Bündnis Umfairteilen, Rekommunalisierung der Wasser- und Energieversorgung) oder bei tarifpolitischen Auseinandersetzungen. Regelmäßig sind wir Teil dieses Engagements und der Proteste. Wenn DIE LINKE im Wahlkampf fordert "Mehr Demokratie wagen!" so heißt das, die demokratischen Rechte der Bevölkerung durch Volksentscheide, Transparenz beim Verwaltungshandeln, Auflösung des Verfassungsschutzes sowie durch die Schaffung eines politischen Streikrechts zu stärken.

Sachsen hat in den vergangenen 25 Jahren eine beachtliche ökonomische und finanzielle Entwicklung vollzogen. Im Vergleich zu anderen Bundesländern steht das Land mit einigen ökonomischen Indikatoren an vorderer Stelle.

Die seit 1989/1990 im Freistaat erreichten ökonomischen Erfolge fußen im Wesentlichen auf der Symbiose von traditionell starker Forschung, Entwicklung und Anwendung sowie auf der lebenskulturell bedingten Tatkraft und auf der Arbeit der Sächsinen und Sachsen. Diese Stärken will DIE LINKE. Sachsen ausbauen und verfestigen.

Während sich der amtierende Ministerpräsident Tillich auf der Arbeit seiner Vorgänger Biedenkopf und Milbradt ausruht und im Lichte ihrer Entscheidungen sonnt, benennt DIE LINKE. Sachsen ehrlich die von der amtierenden Landesregierung vernachlässigten Widersprüche der Landesentwicklung:

- Seit über zehn Jahren stagniert der Annäherungsprozess an das Lebensniveau in den alten Bundesländern. Zuletzt öffnete sich sogar die Schere wieder zu Ungunsten Sachsens. Auch innerhalb des Freistaates sind die Einkommensunterschiede gewachsen.
- Aufgrund von massiven Kürzungen in den Sozialhaushalten des Landes und der Kommunen liegt Sachsen zwischenzeitlich hinter Thüringen und Brandenburg; der einst beträchtliche Vorsprung zu Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern hat sich verringert.
- Sachsen hat unter den neuen Bundesländern den mit Abstand niedrigsten Anteil von Sozialausgaben am Landeshaushalt und wälzt die Finanzierung der sozialen Daseinsfürsorge auf die Kommunen ab. Diese sind deshalb immer weniger in der Lage, die sozialen Herausforderungen zu bewältigen. In keinem anderen Bundesland ist die Zahl der Hartz-IV-Aufstockerinnen und -Aufstocker höher und die Dauer der Erwerbslosigkeit länger als in Sachsen. Nirgendwo gelten niedrigere Eingliederungssätze für Menschen mit Beeinträchtigungen als hier.
- Die Arbeitslosenquote betrug im vergangenen Jahr 9,4%. Nur Thüringen hat in Ostdeutschland eine niedrigere Arbeitslosenquote. Doch der sächsische Arbeitsmarkt bleibt in sich gespalten, von der statistisch positiven Entwicklung profitiert ein viel zu kleiner Teil der sächsischen Erwerbstätigen:
- Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen und verbeamteten Beschäftigungsverhältnisse steigt seit 2005 kontinuierlich an.
- Gleichzeitig nimmt der Anteil der Teilzeitbeschäftigung und niedrig entlohnter sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung ebenfalls zu.
- In Sachsen hat der Umfang der Zeitarbeit zwischen Januar 2013 und Januar 2014 um 10,9% zugenommen. Beim bundesweiten Vergleich der Kaufkraft und der Steuerkraft liegen die sächsischen Einwohnerinnen und Einwohner an drittletzter Stelle. Denn fast 44 % der sächsischen Erwerbstätigen waren in den vergangenen Jahren zu Niedriglöhnen beschäftigt, wenn die bundeseinheitliche Niedriglohnschwelle von 1.802 EUR zugrunde gelegt wird.

Die Innovations- und Bildungspolitik gehört traditionell zu Sachsens Stärken:

- Sachsen verfügt allein über mehr Hochschulen und Beschäftigte im Bereich Forschung und Entwicklung als die Nachbarländer Sachsen-Anhalt und Thüringen zusammengenommen.
- Hinsichtlich der Patentanmeldungen ist der Freistaat Spitzenreiter bei den ostdeutschen Ländern.
- Bei den PISA-Vergleichsstudien liegt Sachsen bezogen auf Lesekompetenz, Naturwissenschaften und Mathematik jeweils auf den ersten drei Plätzen.

Doch auch diese Erfolge und die Zukunft der Kinder und Jugendlichen im Freistaat werden durch die Versäumnisse der amtierenden Landesregierung in Frage gestellt:

- Sachsen hat in Ostdeutschland den geringsten Betreuungsanteil der unter 3-Jährigen und bundesweit den drittschlechtesten Personalschlüssel in Kindertageseinrichtungen sowie den höchsten Anteil an Schülerinnen und Schülern in Förderschulen. Zwei von zehn Schülerinnen und Schülern in Sachsen verlassen die Schule mit keinem oder einem nur sehr niedrigen Schulabschluss. Die Chancen auf eine Berufsausbildung und anschließende Beschäftigung sind entsprechend gering.
- Mehr als 25% der sächsischen Hartz-IV-Empfängerinnen und -Empfänger verfügen über keine abgeschlossene Berufsausbildung. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die eine Hochschulreife erlangen, ist in Sachsen im nationalen Vergleich unterdurchschnittlich.

Sachsen geht es gut - heute. Doch die Regierung Tillich verspielt Sachsens Zukunft. Wer möchte, dass sich Sachsen weiterhin erfolgreich entwickelt, darf nicht im Schlafwagen regieren.

Während die Regierung Tillich Sachsen zu Deutschlands Musterschüler beim Sparen machen möchte, will DIE LINKE. Sachsen die finanziellen Handlungsspielräume für Zukunftsinvestitionen in Bildung, Soziales und Kommunen nutzen. Wer langfristig stabile Haushalte will, muss heute die Binnenkaufkraft stärken und die Potenziale der Landesentwicklung fördern.

Mit den Gewerkschaften einerseits und vielen verantwortungsvollen Unternehmen in Sachsen andererseits ist sich DIE LINKE. Sachsen einig: Nachhaltiger wirtschaftlicher Aufschwung basiert auf sozialer Verantwortung. Wirtschaft und Soziales sind kein Widerspruch, sondern zwei Seiten der gleichen Medaille. Von Arbeit muss man leben können. Alle Jugendlichen sollen eine Perspektive erhalten. Kommunen müssen handlungsfähig sein.

## 1. Die Wahlergebnisse der LINKEN seit 2008/09 in Bund und Ländern

Die Wahlen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen standen am Ende einer intensiven Wahlkampfzeit, die mit den Bundestagswahlen 2013 begonnen hatte und über die Europa und Kommunalwahlen im 2. Quartal 2014 bis zu den spätsommerlichen Landtagswahlen reichte. Dieser enge zeitliche Zusammenhang ermöglicht es, die Trends in der Entwicklung der Wahlergebnisse im Bund und in den Ländern zu vergleichen. Diese Vergleiche sollen dazu helfen einzuschätzen, welche Stärken und Schwächen wir haben und Probleme zu identifizieren. Dabei geht es darum in diesem Kapitel Sachverhalte zu beschreiben und festzuhalten, aber noch nicht um eine Bewertung.

### 1.1 Die Wahlergebnisse der LINKEN bei den Bundestagswahlen 2009 und 2013

In der folgenden Tabelle stellen wir die Zweitstimmenwahlergebnisse der LINKEN bei den Bundestagswahlen 2009 und 2013 gegenüber. Darüber hinaus die Wahlergebnisse der PDS im Jahr 2005 sowie die relativen und absoluten Zweitstimmenergebnisse in den neuen Bundesländern (OST).

	2005	2009	2013
<b>BUND IN %</b>	8,7	11,9	8,6
<b>BUND ABSOLUT</b>	4 118 194	5 155 933	3 755 699
<b>OST IN %</b>	25,3	28,52	22,7
<b>OST ABSOLUT</b>	2 243 797	2 181 132	1 752 785

Zum einen ist deutlich zu erkennen, dass von 2009 zu 2013 die Wahlergebnisse der LINKEN sowohl bundesweit als auch in den neuen Bundesländern deutlich gesunken sind. Während im Bund sowohl der Zweitstimmenanteil als auch die absolute Zahl von Zweitstimmen 2013 um mehr als ein Viertel auf etwas über 72 % des Wahlergebnisses von 2009 sinken, fällt der Zweitstimmenanteil und die absolute Zahl von Zweitstimmen in den neuen Bundesländern 2013 „nur“ um ungefähr ein Fünftel auf ca. 80 % des Wahlergebnisses 2009.

Es ist also festzustellen, dass es einerseits einen eindeutigen Trend der Ergebnisse der Bundespartei von 2009 zu 2013 zu verzeichnen ist. Zwischenzeitlich war die Bundespartei sogar auf bundesweite Umfrageergebnisse von ca. 6% zurückgefallen. Durch Stabilisierung der Partei nach den Personalentscheidungen des Göttinger Parteitags konnte dieses Umfragetief nahe der gefährlichen 5%-Hürde wieder verlassen werden. Der Gesamttrend für den Zyklus 2009 bis 2013 bleibt jedoch negativ.

Dieser Negativtrend war auch in den Neuen Bundesländern zu verzeichnen. Feststellbar ist, dass er im Vergleich zum Gesamtergebnis und damit noch klarer im Vergleich zu den alten Bundesländern erkennbar abgemildert werden konnte, aber dennoch relevant geblieben ist. Zu verzeichnen bleibt ein Verlust von über 400 Tausend Wählerinnen und Wählern in den neuen Bundesländern.

Darüber hinaus ist unabhängig vom zwischenzeitlichen relativen Anstieg 2009 deutlich zu erkennen, dass seit 2005 die Ergebnisse der LINKEN (bzw. der PDS) in absoluten Zahlen rückläufig sind. Selbst beim herausragend guten (relativen) Wahlergebnis 2009 sank die Zahl der Wählerinnen und Wähler im Vergleich zu 2005 um 60 Tausend.

Insgesamt hat DIE LINKE (bzw. die PDS) seit 2005 in den neuen Bundesländern eine halbe Million Wählerinnen und Wähler verloren.

Die Schrumpfung der Einwohnerzahl in den Neuen Bundesländern (einschließlich Berlin) von 16,7 Millionen Einwohnerinnen 2005 über 16,38 Millionen Einwohnerinnen 2009 auf 15,9 Millionen in 2013 kann dieses Phänomen nur zum Teil erklären. Denn auch wenn in diesem Zeitraum ca. 800 Tausend Menschen weniger in den neuen Bundesländern leben - und dies unter dem Aspekt, dass Berlin sogar leicht gewachsen ist, also die ostdeutschen Flächenländer verstärkt geschrumpft sind - wäre es nicht angemessen, sinkende Wahlergebnisse quasi als „demographische Gesetzmäßigkeit“ zu betrachten. Das dauerhaft überproportional gute Abschneiden der LINKEN unter den älteren Wählerinnen und Wählern insbesondere in den neuen Bundesländern bei allen Wahlen und in allen Regionen lässt jedoch damit eine „demographische Herausforderung“ als zentrale Aufgabe der bevorstehenden Jahre erkennen. Diese besteht darin, nicht nur für die Altersgruppen ab 45 aufwärts in entsprechend starker Art und Weise wählbar zu sein, sondern langfristig auch die jüngeren Generationen stärker zu erreichen.

Auch für DIE LINKE. Sachsen lässt sich im Verlauf der Bundestagswahlen von 2005 bis 2013 die entsprechende Entwicklung zeigen. Während 2005 noch 603824 Zweitstimmen erzielt wurden, waren es 2009 nur noch 551461 Zweitstimmen und 2013 dann 467045 Zweitstimmen. Seit 2005 verliert DIE LINKE in Sachsen bei Bundestagswahlen Stimmen. In diesem Zusammenhang ist es auch kaum ein Trost, dass in Sachsen der Rückgang von 2009 zu 2013 am geringsten war, also immerhin noch ca. 85 % der Zweitstimmen erreicht wurden. Damit lag Sachsen nicht nur deutlich über dem bundesdeutschen Schnitt, sondern auch

erkennbar besser als der Schnitt der ostdeutschen Bundesländer. Die Ursachen dieses sowohl im Bundes- als auch im ostdeutschen Vergleich besseren Abschneidens können nicht auf wenige Faktoren begrenzt werden, zumal auch die demographische Entwicklung in Sachsen immer weiter auseinandergeht. Mit Dresden und Leipzig liegen zwei der wenigen ostdeutschen Städte im Freistaat, die eine positive Bevölkerungsentwicklung haben, zugleich sind es die (abgesehen von Berlin) mit Abstand größten ostdeutschen Städte. Auf der anderen Seite gibt es extrem strukturschwache und stark schrumpfende Regionen, deren Entvölkerungsentwicklung nur mit einschlägigen Landkreisen in Brandenburg oder Sachsen-Anhalt vergleichbar ist.

Zusammengefasst kann festgestellt werden: Der Trend der Bundespartei im entsprechenden Wahlzyklus war trotz der Stabilisierung nach dem Göttinger Parteitag negativ. Der Verlust an absoluten Zweitstimmen seit 2005 setzte sich auch bei den Bundestagswahlen 2013 fort.

Die im Vergleich geringeren Verluste der LINKEN in Sachsen können nicht das strukturelle demographische Problem überdecken.

## **1.2 Die Wahlergebnisse der LINKEN bei Landtagswahlen zwischen 2008/09 und 2014**

Die im vorhergehenden Kapitel dargestellte Trendentwicklung der Bundespartei bzw. für Bundestagswahlen lässt sich weitgehend auch für die Landesverbände der LINKEN bzw. die Landtagswahlen zeigen. Bei nur wenigen Ausnahmen ist die Entwicklung der Wahlergebnisse im analysierten Zeitraum bei Landtagswahlen nahezu durchgehend negativ.

Am Rande sei bemerkt, dass für einen solchen Vergleich selbstverständlich verschiedene Zahlen herangezogen werden können, nämlich die Vergleiche der relativen Ergebnisse, also der Stimmanteile oder eben die absoluten Wählerinnenzahlen. Das Phänomen der sinkenden absoluten Wählerstimmen wurde im vorhergehenden Kapitel gründlich gezeigt, daher werden nun die Stimmanteile bei Landtagswahlen zum Vergleich herangezogen. Dies ist auch dahingehend sinnvoll, da DIE LINKE in den meisten Bundesländern um das Erreichen der 5%-Hürde kämpft, also die relativen Stimmanteile eine ganz besondere Bedeutung haben: nämlich ob DIE LINKE parlamentarisch vertreten ist oder nicht. Abgesehen davon zeigen die Vergleiche der absoluten Zahlen weitgehend ähnliche Ergebnisse.

Vor dem Wahlabend am 14.9.2014 stellt sich der Sachverhalt so dar, dass im Verhältnis der vergleichbaren Wahlen des angegebenen Zeitraumes nur DIE LINKE. Hamburg ihr Ergebnis halten kann. Annähernd halten konnte DIE LINKE. Hessen ihr Ergebnis, dann folgt schon DIE LINKE Sachsen in diesem Ranking der Landesverbände und des Bundesverbandes. Am 14. 9. 2014 gab es dann zwei weitere Wahlergebnisse, die verschiedener nicht sein konnten. Während in Brandenburg ein klarer Stimmenverlust in absoluten und relativen Stimmen zu verzeichnen war, konnte in Thüringen ein Zuwachs beim Stimmenanteil erreicht werden. Allerdings wurden auch dort ca. 20 Tausend absolute Stimmen verloren.

Von den Landesverbänden und vom Bundesverband wurde ein breites Spektrum ganz verschiedener Strategien gewählt und durchgeführt. Dennoch führte dies nahezu flächendeckend zu Verlusten.

Dies verweist darauf, dass DIE LINKE insgesamt strategische Fragen beantworten muss, mit welchen Themen und welcher Haltung die Ergebnisse wieder verbessert werden können, wo

sie unter der 5%-Marke liegen und wie sie gehalten bzw. verbessert werden können, wo sie über der 5%-Marke liegen.

	<b>Phase A (2007 – 2010)</b>	<b>Phase B (2011 – 2014)</b>	<b>in % des Vorwahlergebnisses</b>
<b>Bund</b>	<b>11,9 (2009)</b>	<b>8,6 (2013)</b>	<b>72,3</b>
<b>Baden-Württemberg</b>	(3,1 (2006))	(2,8 (2011))	90,3
<b>Bayern</b>	4,3 (2008)	2,1 (2013)	48,8
<b>Berlin</b>	(13,4 (2006))	(11,7 (2011))	87,3
<b>Brandenburg</b>	27,2 (2009)	18,6 (2014)	68,4
<b>Bremen</b>	8,4 (2007)	5,6 (2011)	66,7
<b>Hamburg</b>	6,4 (2008)	6,4 (2011)	<b>100</b>
<b>Hessen</b>	5,4 (2009)	5,2 (2013)	<b>96,3</b>
<b>Mecklenburg- Vorpommern</b>	(16,8 (2006))	(18,4 (2011))	109,5
<b>Niedersachsen</b>	7,1 (2008)	3,1 (2013)	43,7
<b>Nordrhein-Westfalen</b>	5,6 (2010)	2,5 (2012)	44,6
<b>Rheinland-Pfalz</b>	(2,5 (2006))	(3,0 (2011))	120
<b>Saarland</b>	21,3 (2009)	16,1 (2012)	75,6
<b>Sachsen</b>	<b>20,6 (2009)</b>	<b>18,9 (2014)</b>	<b>91,7</b>
<b>Sachsen-Anhalt</b>	(24,1 (2006))	(23,7 (2011))	98,3
<b>Schleswig-Holstein</b>	6,0 (2009)	2,3 (2012)	38,3
<b>Thüringen</b>	27,4 (2009)	28,2 (2014)	102,9

Insgesamt muss festgestellt werden, dass im gesamten Zeitraum zwischen 2008/09 und 2013/14 auf allen Ebenen und in allen Regionen der BRD der Trend der Wahlergebnisse der LINKEN negativ war. Länder, in denen außerhalb dieses Zeitraumes gewählt wurde, sind aus Vollständigkeitsgründen in der Tabelle aufgeführt, fallen jedoch aus dem Vergleich heraus.

Allerdings ist es möglich festzustellen, dass sich dieser Trend verschieden stark zeigte. Unbesehen der absoluten Stimmzahlen können folgende Gruppen an Hand der Entwicklung der relativen Ergebnisse gebildet werden:

#### **Wahlergebnis gehalten oder verbessert:**

Thüringen (2014)

#### **Wahlergebnis verringert um bis zu 10%:**

Hessen (2013), Sachsen (2014)

#### **Wahlergebnis verringert um 25% bis 33%:**

Saarland (2012), {BUND (2013)}, Brandenburg (2014)

#### **Wahlergebnis verringert um 50% und mehr:**

Schleswig-Holstein (2012), Nordrhein-Westfalen (2012), Niedersachsen (2013), Bayern (2013)

Ausgehend von dem naheliegenden Gedanken, dass das Ergebnis der Bundespartei die allgemeine Richtung oder Tendenz in einem vergleichbaren Zeitraum angibt, können also die Abweichungen von diesem Ergebnis bei aller Vorsicht auf die jeweiligen regionalen Bedingungen zurückgeführt werden. Dementsprechend sind also nur Wahlergebnisse, die in zeitlicher Nähe zur Bundestagswahl liegen, mit dieser vergleichbar, also im selben, im vorhergehenden oder nachfolgenden Jahr. Auch dies würde dann nicht sinnvoll sein, wenn es ein erhebliche Ereignis von gesellschaftlicher Bedeutung gibt, welches die politischen Voraussetzungen verändert. Die Nuklearkatastrophe von Fukuyima wäre ein Beispiel für ein solches Ereignis, aber auch die Agenda2010 und die Proteste dagegen.

Die spezifischen regionalen Bedingungen allein sind jedoch bei weitem nicht ausreichend, um die zum Teil erheblichen Differenzen in der Entwicklung der Wahlergebnisse zu erklären. Zugleich muss diesen durch eine angemessene politische Strategie entsprochen werden. Üblicher Weise haben ja Erfolge immer viele Väter, während Niederlagen Waisen zu sein scheinen. Im Gegensatz dazu wollen wir uns in dieser Wahlauswertung dessen enthalten, z.B. die herausragend guten Ergebnisse in Thüringen oder Hessen uns anzueignen oder die extremen Verluste in NRW oder Niedersachsen aus der Ferne zu analysieren. Jedoch sollte jedem der Objektivität verpflichteten Beobachter klar sein, dass weder Strategien und Kommunikationskonzepte die einen radikalen Oppositionsgestus befördern, noch ihr entsprechender „staatstragender“ Gegenpart oder einer Regierungsorientierung Erfolg oder Misserfolg in einfacher Kausalität nach sich ziehen.

Wichtig ist festzustellen, dass bei den drei ostdeutschen Landtagswahlen 2014 in Sachsen, Thüringen und Brandenburg jeweils keine sogenannte „Wechselstimmung“ in der Bevölkerung zu verzeichnen war. Für die in Brandenburg regierende LINKE scheinbar gut, für DIE LINKE in Thüringen und Sachsen offensichtlich nicht. Im Ergebnis stellt sich dies jedoch für DIE LINKE anders dar. In Thüringen gewann DIE LINKE die Wahl und übernahm die Regierung, in Brandenburg waren die Einbußen erheblich, aber DIE LINKE konnte in der Regierung bleiben. In Sachsen wurden im Vergleich moderate Verluste durch DIE LINKE erlitten, an der grundlegenden Konstellation: „CDU regiert mit einem kleinen Partner“ änderte sich nichts.

Nach den Landtagswahlen 2014 können folgende Veränderungen konstatiert werden:

1. DIE LINKE regiert nunmehr in zwei Ländern (Thüringen, Brandenburg) und stellt in Thüringen den ersten linken Ministerpräsidenten
2. DIE LINKE ist nicht mehr in den Landesparlamenten von NRW, Niedersachsen, Schleswig-Holstein vertreten, weiterhin nicht in Bayern vertreten.
3. Im Vorher/Nachher-Vergleich zeigt sich die DIE LINKE am stärksten vertreten in folgenden Landesparlamenten in folgender Reihenfolge:

	VORHER	NACHHER
1.	Thüringen 27,4	Thüringen 28,2
2.	Brandenburg 27,2	Sachsen-Anhalt 23,7
3.	Sachsen-Anhalt 23,7	Sachsen 18,9
4.	Saarland 21,3	Brandenburg 18,6

5.	Sachsen 20,6	MV 18,4
6.	MV 18,4	Saarland 16,1
7.	Berlin 11,7	Berlin 11,7
8.	Hamburg 6,4	Hamburg 6,4
9.	Niedersachsen 7,1	Bremen 5,6
10.	SH 6,0	
11.	Bremen NRW 5,6	

### 1.3 Die Wahlergebnisse der LINKEN bei den Europawahlen 2009 und 2014

Der Vergleich der Europawahlergebnisse 2009 und 2014 scheint auf den ersten Blick mit den oben gezeigten Trends im Bund und in den Ländern ähnliche zu sein. Eine Schrumpfung von 7,5% auf 7,4% bei Verlust eines Sitzes im Europaparlament scheint in die Reihe der Ergebnisse mit moderaten Verlusten einordenbar zu sein.

Allerdings gibt es eine nicht unerhebliche Differenz. DIE LINKE konnte 2014 ca. 200 Tausend Stimmen mehr erreichen als 2009. Der relativ deutliche Anstieg der Wahlbeteiligung um ungefähr 3 Millionen Wählerinnen und Wähler schlug sich auch in der Stimmenzahl der LINKEN nieder. Allerdings, und das ist nicht unwichtig, unterproportional. Auf den Wegfall der Sperrklausel wurde von den Wählerinnen und Wählern merklich reagiert, sogar vorrangig satirisch agierende Parteien wie DIE PARTEI konnten ein Mandat erringen.

### 1.4 Die Wahlergebnisse der LINKEN in Sachsen, Brandenburg und Thüringen 2009 und 2014

Bei der Landtagswahl in Sachsen erreichte DIE LINKE am 31. August bei einer Wahlbeteiligung von nur 49,2 Prozent ein Ergebnis von 18,9 Prozent der abgegebenen Stimmen und verlor damit relativ 1,7 Prozent der abgegebenen Zweitstimmen gegenüber der vorangegangenen Landtagswahl 2009. Damit musste sie zum zweiten Mal nach 2004 Zustimmung abgeben. Absolut erreichte Partei eine Zustimmung von 309.568 Stimmen und damit rund 60.700 weniger als beim vorangegangenen Urnengang. Gegenüber dem Ergebnis von 2009 verlor sie zwei Mandate und ist mit 27 Sitzen im Sächsischen Landtag vertreten. Gelang es 2009 mit Dietmar Pellmann in Leipzig und Karl-Friedrich Zais in Chemnitz zwei Direktmandate zu erzielen, konnte diesmal nur Jule Nagel ein Direktmandat gewinnen, wenngleich auch in anderen Wahlkreisen – je einmal in Dresden und Chemnitz, sowie drei Mal in Leipzig – Kandidierende knapp scheiterten. In Wahlkreisen des ländlichen Raumes blieb die Partei wie schon 2009 weit vom Gewinn eines Direktwahlkreises entfernt. Trotz Verlusten konnte sich DIE LINKE dabei als mit Abstand zweitstärkste Kraft im Sächsischen Landtag hinter der CDU behaupten.

Die Landtagswahlen in Thüringen und Brandenburg zwei Wochen später zeichnen jede für sich eine andere Situation: In Thüringen, wo die Partei um die Ablösung der seit 24 Jahren regierenden CDU kämpfte, konnte sie bei sinkender Wahlbeteiligung ihr relatives

Stimmergebnis gegenüber 2009 von 27,4 Prozent auf 28,2 Prozent der abgegebenen Zweitstimmen erhöhen. Bei den absoluten Stimmen verlor DIE LINKE dabei rund 23.000 Stimmen gegenüber 2009 und erreichte absolut 265.428 der Zweitstimmen. War es ihr gelungen, 2009 noch 14 Wahlkreise direkt zu gewinnen, so konnte sie 2014 noch 9 für sich entscheiden. Insgesamt konnte die Partei einen Sitz hinzugewinnen, kommt im neuen Landtag damit auf 28 Abgeordnete und bleibt damit deutlich zweitstärkste Kraft hinter der CDU.

In Brandenburg, wo DIE LINKE seit der Landtagswahl 2009 an der Landesregierung als Juniorpartner beteiligt war, musste die Partei deutliche Verluste hinnehmen. So hatte sie 2009 noch mit 377.112 Zweitstimmen ein Ergebnis von 27,2 Prozent einfahren können und war mit 26 Sitzen deutlich zweitstärkste Kraft nach der SPD und vor der CDU. Bei dieser Landtagswahl fiel sie bei sinkender Wahlbeteiligung deutlich ab: Sie verlor relativ 8,6 Prozent und erreichte damit ein Ergebnis von 18,6 Prozent bzw. 183.178 Zweitstimmen. Im neuen Landtag ist sie damit mit 17 Sitzen vertreten. Hatte sie 2009 noch 21 Direktmandate gewinnen können, waren es 2014 noch vier.

### **1.5 Zusammenfassung und Einschätzung**

Der Trend der LINKEN auf Bundesebene war zwischen 2009 und 2013 insgesamt negativ. Der Absturz auf bundesweite Umfrageergebnis der LINKEN von 5% im Jahr 2012 konnte in Folge der personellen und politischen Entscheidungen des Göttinger Parteitages abgefangen und in entscheidendem Maße umgekehrt werden. Damit war DIE LINKE zu den Bundestagswahlen 2013 deutlich von der 5% Hürde entfernt, was angesichts der vorhergegangenen Entwicklung ganz klar als Erfolg zu kennzeichnen ist. Dennoch bleibt insgesamt ein Verlust von ca. einem Viertel der Stimmen zu verzeichnen.

Diese Tendenz ist bei den Landtagswahlen im entsprechenden Zeitraum ebenso feststellbar, allerdings in verschiedener Weise. Es gibt keine Landtagswahl im entsprechenden Zeitraum, bei der DIE LINKE ihre Ergebnisse eindeutig verbessert, selbst der große Erfolg in Thüringen trägt einen Verlust an 20 Tausend Stimmen in sich. Der Bundestrend der Stimmenverluste konnte also in keinem Bundesland vollständig gebrochen werden. Allerdings war es möglich, diesen Trend abzumildern, was in drei Bundesländern gelang. Mehrheitlich jedoch lagen die Trends der Entwicklung der Landeswahlergebnisse im Bundestrend oder deutlich schlechter.

Insbesondere für die neuen Bundesländer sind zwei Tendenzen feststellbar: Erstens fallen hier insgesamt die Verluste moderater aus als im Bundestrend bzw. in den alten Bundesländern. Zweitens besteht ein akutes demografisches Problem in der Wähler\_Innenschaft, für das noch keine Lösung erkennbar ist.

Ein eindeutiges Verhältnis von regionalen Wahl- und Kommunikationsstrategien zu positiven oder negativen Abweichungen zum Bundestrend ist nicht zu erkennen. Eine klare Regierungsorientierung konnte sowohl zum herausragenden Erfolg in Thüringen führen, aber auch zu einer Niederlage wie in Brandenburg oder den moderaten Verlusten in Sachsen. Zugleich ist auch die Einnahme einer vermeintlich radikalen Position bei weitem kein Garant für Wahlerfolge, sondern mit noch stärkeren Stimmenverlusten verbunden. In der Gesamtschau wird dementsprechend deutlich, dass die tiefere Analyse der Wahlergebnisse und die politische Auseinandersetzung um deren Interpretation für ideologische Konfrontationen um die grundsätzliche Ausrichtung der Partei eher ungeeignet

sind. Sicher lassen sich für diese oder jene ideologische Position jeweils geeignet erscheinende Einzelaspekte finden und argumentieren. Für eine konstruktive Diskussion und die Suche nach adäquaten Problemlösungen wäre eine solche Herangehensweise wie gezeigt werden konnte nicht hilfreich.

## **2. Neue politische Faktoren zwischen 2008 und 2014**

### **2.1 Piraten**

Bereits 2006 als klassische Ein-Themen-Partei um den Problemkreis der Digitalisierung der gesellschaftlichen Lebensbereiche gegründet, spielten die Piraten bei der Bundestagswahl 2009, bei der sie in allen Bundesländern außer Sachsen antrat, eine untergeordnete Rolle. So erreichte sie ein Ergebnis von 2,0% der Zweitstimmen. Allerdings kristallisierten sich schon hier erste „Hochburgen“ – vor allen Dingen Universitätsstädte im Osten Deutschlands – heraus. Ihre ersten Erfolge hatten die Piraten so kommunalpolitisch, insbesondere im großstädtischen Milieu. Mit der Abgeordnetenhauswahl in Berlin 2011 gelang ihr schließlich ein Überraschungserfolg: Mit 8,9 Prozent und 15 Sitzen gelang ihr der Einzug in das Abgeordnetenhaus. Dieser Erfolg bot bundespolitischen Rückenwind: Aus einer kleinen Ein-Themen-Partei war ein bundesweites Phänomen geworden. Ihre Vertreter\_innen, bisher relativ erfolglos um Aufmerksamkeit werbend, waren mit einem Male ins Licht der Öffentlichkeit gestellt. Die Umfragewerte stiegen rasant, die Partei erlebte einen erheblichen Zustrom an neuen Mitgliedern. Bis zum Mai 2012 gelang ihr mit diesem Rückenwind in die Landtage des Saarlandes, Schleswig-Holsteins und Nordrhein-Westfalens einzuziehen – alle mit Ergebnissen um die 8 Prozent. In Schleswig-Holstein und NRW musste gleichzeitig DIE LINKE den Landtag wieder verlassen.

Den Piraten war es gelungen, insbesondere eine jüngere, städtische, internetaffine, auch linke Wähler\_innenschaft für sich zu begeistern. Teile ihrer Wahlprogrammatik hatten dabei erhebliche Überschneidungen auch mit innerparteilichen Diskussionslinien der Partei DIE LINKE. Gleichwohl verstanden sich die Piraten nicht als linke Partei. Sie wollten anders sein, aus dem Rechts-Links-Schema ausbrechen und dabei vollkommen ehrenamtlich und basisorientiert agieren. Sie verstanden sich auch als organisatorisches Gegenbild zu den klassischen Parteiapparaten, de facto als Anti-Partei. Gerade weil die Partei aus unterschiedlichsten Strömungen und Personen bestand, sollte ein programmatischer Klärungsprozess den Weg von der Ein-Themen-Partei hin zum Vollprogramm weisen. Die Piraten zerbrachen an diesem Prozess selbst: Eine schlechte innerparteiliche Diskussionskultur, gegenseitige persönliche Attacken, wie auch ein an der Ehrenamtlichkeit und der Moderation der sich beharkenden Mitglieder ständig scheiternden Führungsspitze ließen das Bild eines schillernden Parteienprojektes schnell in sich zusammenbrechen. So marginalisierte sich die Piratenpartei im Lichte der Öffentlichkeit selbst. Weit entfernt von der Fünf-Prozent-Hürde scheiterten sie bei der Bundestagswahl 2013. Bei den Europawahlen 2014 konnten sie, dank entfallener Hürde, eine Abgeordnete nach Brüssel entsenden. So schnell, wie der Aufstieg der Piraten begann, so sehr sie für kurze Zeit das politische System der BRD erschüttern konnten, so schnell sind sie nun wieder verschwunden.

### **2.2 AfD**

Die „Alternative für Deutschland“ (AfD) bietet für die Wirtschafts- und Finanzkrise sowie die vielfältigen Probleme einer modernen und pluralen Gesellschaft keine Alternative.

Stattdessen propagiert sie die Verschärfung von Austeritätspolitik, Neoliberalismus, Ausgrenzung sowie anti-egalitären und rückwärtsgewandten Vorstellungen der Gesellschaft.

Ihre Vorschläge fördern die Entpolitisierung der Bevölkerung und die Entsolidarisierung der Gesellschaft. Soziale, ethnische, kulturelle und religiöse Ressentiments und Vorurteile werden von ihr bedient und gezielt mobilisiert, um Menschen in schwieriger sozialer Lage oder mit Lebensvorstellungen, die nicht denen der AfD entsprechen, zu stigmatisieren und auszugrenzen.

Die AfD ist eine Partei des „verrohten Bürgertums“, das seine Privilegien knallhart auf Kosten anderer durchsetzen will. Sie nutzt den Umstand aus, dass die Aushöhlung des Sozialstaats unter anderem durch die „Agenda 2010“ sowie die drastische Einschränkung der öffentlichen Daseinsvorsorge auch die sozialen Grundlagen der Demokratie angegriffen haben und die damit verbundenen angeblichen Sachzwänge der neoliberalen Krisenbearbeitung eine Krise der politischen Repräsentation nach sich ziehen.

Die AfD hat sich ideologisch und politisch zu einer Partei der extremen Rechten entwickelt, die mit den typischen Mitteln des Populismus arbeitet. Ihr politischer Kern ist längst nicht mehr die Kritik der europäischen Finanz-, Fiskal- und Wirtschaftspolitik. Sie propagiert zunehmend den gesamten Kernbereich der Ideologien der Ungleichheit. Sie vermeidet in ihrer Außendarstellung jegliche positiven Bezüge auf den NS, dessen Herrschaft und dessen Ideologie. Daher unterscheidet sie sich beispielsweise deutlich von der neonazistischen NPD. Die Charakterisierung der AfD als Teil der extremen Rechten bedeutet zudem nicht, dass alle Mitglieder oder Anhänger\_innen auch so bezeichnet werden können.

Die Politik der AfD ist vor allem auf Ausgrenzung gerichtet, somit durch und durch anti-egalitär und anti-liberal. Sie ist marktradikal, sozialstaats- und gewerkschaftsfeindlich, homophob und antifeministisch. Zusammenleben gibt es für sie nur als Modell der traditionellen Kleinfamilie aus Mutter, Vater, Kinder. Ihre Positionen zu Migration changieren zwischen Stammtisch- und Nützlichkeits-Rassismus. Insgesamt lassen sich bei ihr die Kernelemente der so genannten „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ nachweisen.

In der AfD finden sich – grob unterteilt – gegenwärtig drei politische Strömungen: ein wirtschaftsliberaler, marktradikaler Flügel, ein nationalkonservativer, christlich-fundamentalistischer Flügel und ein extrem rechter Flügel mit „neurechtem“ und „identitärem“ Schwerpunkt.

Der ehemals dominierende wirtschaftsliberale Flügel bestand vor allem aus Repräsentanten eines radikalen Neoliberalismus, viele von ihnen Professoren, die sich so als „Sachpolitiker“ und „Fachleute“ darstellen konnten (z.B. Bernd Lucke, Hans-Olaf Henkel, ...). Dieser Flügel ist in den vergangenen Monaten deutlich schwächer geworden. Er hat sich offenbar zum Machterhalt an der Parteispitze mit dem rechten Flügel in der Partei arrangiert, auch wenn es sich dabei um ein sehr fragiles Gleichgewicht handelt.

Vorwiegend in den ostdeutschen Bundesländern haben sich nationalkonservative und nationalliberale, christlich-fundamentalistische, „neu-rechte“, anti-muslimische, anti-feministische und im Kern anti-liberale und anti-egalitäre Ideologien, repräsentiert etwa durch Frauke Petry, Beatrix von Storch, Alexander Gauland und Björn Höcke, durchgesetzt. Das starke Abschneiden der AfD bei den Wahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen hat

diesen rechten Flügel zusätzlich gestärkt und auch bundesweit in eine führende Position gebracht. Dass sich gegen diesen Flügel in der Partei doch noch eine liberal-konservative Ausrichtung durchsetzen wird, ist derzeit unwahrscheinlich.

Vereinendes ideologisches Element aller Strömungen in der AfD sind marktradikale Auffassungen, die die Grundlage ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik darstellen. Insoweit ist die AfD insgesamt ein neoliberales Projekt mit einer autoritären Staatsvorstellung.

### **2.3 Der vorläufige Zusammenbruch der FDP**

Die Bundestagswahl 2009 kannte – neben dem historisch starken Ergebnis der LINKEN – vor allem einen Sieger: Die FDP. So war die Große Koalition eher als lähmend wahrgenommen worden, was insbesondere auf die SPD projiziert wurde und daher erhebliche Verluste hinnehmen musste. Auch die Furcht vor einem stärkeren wirtschaftlichen Einbruch in Folge der internationalen Finanzkrise ließ die Wähler\_innenschaft sich der FDP zuwenden: Mit der ihr zugeschriebenen Wirtschaftskompetenz, aber auch der markanten Formel eines einfacheren und gerechteren Steuersystems gelang es ihr schließlich ein Ergebnis von 14,6 Prozent der Zweitstimmen einzufahren – ebenfalls das Beste ihrer Geschichte. Entsprechend der Koalitionsaussagen vor der Wahl trat sie in eine schwarz-gelbe Bundesregierung ein. Nach den nur wenige Tage dauernden Koalitionsverhandlungen war von den FDP-Kernforderungen jedoch kaum etwas übrig geblieben: So waren von den umfangreichen Steuerplänen der Partei danach lediglich Maßnahmen zur steuerlichen Entlastung der Hoteliers im sogenannten „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ übriggeblieben. In Kombination mit der Offenlegung der Parteispenden – die FDP hatte im Wahlkampf Spenden vom Inhaber der Mövenpick-Hotels angenommen – musste die Partei sich dem Vorwurf einer käuflichen Politik aussetzen. Ausfälle des FDP-Spitzenpersonals (Hartz IV als „spätrömische Dekadenz“) und das Beerdigen weiterer wesentlicher FDP-Pläne, wie die „Gesundheitsprämie“, ließ die Partei letztlich als großmülig und politikunfähig erscheinen. Schon im Juni 2010 – nicht mal ein Jahr nach der Bundestagswahl – wurde sie in den Umfragen unterhalb der 5-Prozent-Hürde gemessen. Guido Westerwelle musste zurücktreten, Philipp Rößler übernahm den Parteivorsitz und die Vizekanzlerschaft. Allerdings blieb auch er glücklos: Ich selbst wurden keine Kompetenzen zugeschrieben, der Partei selbst fehlte es, auch nach dem Abtritt Christian Lindners als Generalsekretär, an Gesichtern wie vorher schon an eigenen Inhalten. Ab 2011 verlor sie fast ausnahmslos bei jeder Wahl und flog reihenweise aus den Landtagen. Nur in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen gelang es ihr unter Wolfgang Kubicki und Christian Lindner, stabil in den neuen Landtag einzuziehen, allerdings um den Preis der deutlich zur Schau getragenen Distanz zur Bundespartei. Nach der Bundestagswahl 2013 und dem Scheitern der FDP an der Fünf-Prozent-Hürde, – der hessischen FDP war bei der gleichzeitig stattfindenden Landtagswahl gerade eben noch der Einzug ins Parlament gelungen –, war die FDP nur noch in einem Bundesland an der Regierung beteiligt: In Sachsen. Die Strategie der größtmöglichen Distanz zur Bundespartei war damit absehbar für den Wahlkampf der sächsischen FDP, unterlag sie doch der Fehleinschätzung, ihr eigenes Abschneiden bei der Landtagswahl 2009 sei auf den „sächsischen Weg“ und nicht auf den damals für die FDP gute Bundestrend zurückzuführen. Die Partei konnte in diesem Wahlkampf gerade auf Grund des Charakters als faktische „Schicksalswahl“ für die Liberalen nicht von Anfang an abgeschrieben werden, ein Wiedereinzug musste dennoch als eher unwahrscheinlich gelten. Die nachhaltige Zerstörung der Marke FDP riss gleichzeitig eine Lücke im parlamentarischen

System gerade im Bereich der Wirtschaftskompetenzen und als „volkswirtschaftlich vernünftige Stimme“, die sich damit zum Teil der „Professorenpartei“ AfD auftat.

### **3. Die Parteienlandschaft in Sachsen nach den Landtagswahlen 2014**

#### **3.1 CDU**

Die CDU hat trotz leichter Verluste ihre Stellung als stärkste Kraft im sächsischen Parlamentarismus wie auch die Regierungsführerschaft verteidigen können. Wahlkampfbestimmende Themen hatte sie bereits durch mehr oder weniger deutliche Kurskorrekturen vor dem Wahlkampf versucht anzumoderieren oder die „Schuldfrage“ ganz einfach dem kleineren Koalitionspartner zugeschrieben. So verantwortete die Union wieder einmal einen inhaltsleeren Schlafwagenwahlkampf, der deutlich machte, dass es doch letztlich nichts zu entscheiden gäbe. Dieser Versuch der Demobilisierung, sicherlich begünstigt auch durch den Zeitpunkt des Wahlgangs am Ende der Sommerferien, schlägt sich auch in der niedrigen Wahlbeteiligung nieder. Dennoch: Weder konnte sie die noch Anfang des Jahres als möglich erscheinende absolute Mehrheit realisieren und damit allein regieren, noch kann sie auf ihren „Wunschpartner“ FDP in der Regierung bauen. Durch den Wiedereintritt der SPD in die Regierung wird Sachsen nunmehr ein weiteres Mal schwarz-rot regiert. In den Koalitionsverhandlungen bewies sich ein weiteres Mal die erstaunliche Wandlungsfähigkeit der CDU: Von Kennziffern zur Personalentwicklung, wie auch zur Frage des finanzpolitischen Spielraums rückte sie ab. Auf dem Papier machte sie auch dem Koalitionspartner deutliche Zugeständnisse, wenn auch vornehmlich als Prüfaufträge. Von einer tatsächlichen Änderung des Regierungshandelns scheint die Partei damit auch weiterhin weit entfernt. Ziel bleibe, das machte Parteichef und Ministerpräsident Tillich noch vor der Unterschrift auf dem Koalitionsvertrag deutlich, dass diese Koalition eine Ausnahme bleibe. Sie wird also ihren Kurs der Marginalisierung des jeweiligen Koalitionspartners fortsetzen, was sich bereits in den ersten Tagen der neuen Regierung bestätigt. Insbesondere der Innenminister bringt sich so gegen die SPD-geführten Ressorts in Stellung. Ob diese Marginalisierung tatsächlich gelingt, wird sich auch am Geschick der SPD entscheiden.

#### **3.2 DIE LINKE**

Für die sächsische LINKE bildet das Wahlergebnis eine durchwachsene Ausgangslage für die kommenden Jahre. Die Strategie, den Wähler\_innen und potentiellen Koalitionspartner zum einen ein konkretes Angebot für einen Politikwechsel in Sachsen zu unterbreiten und gleichzeitig ein eigenständiges Profil zu vermitteln hat zwar zum einen dazu beigetragen, dass sich, wie in Kapitel 1 gezeigt, der Bundestrend nur in abgeschwächter Form auf das sächsische Wahlergebnis der LINKEN niedergeschlagen hat. Allerdings konnten dessen Auswirkungen nicht vollständig eliminiert werden. Inwieweit so etwas überhaupt möglich ist, muss dahingestellt bleiben, insbesondere für eine Partei wie DIE LINKE, die in ihren zentralen, identitären Themenfeldern stark auf die Bundesebene angewiesen ist. In der Gesamtgemengelage fehlte es ähnlich wie in Thüringen am verhältnismäßig stark notwendigen Rückenwind für und durch potentielle Bündnispartner durch klare Präferenzierung einer solchen Option, wie auch an der Möglichkeit zugespitzter Auseinandersetzung mit der Regierungspartei, die wieder einmal einen Wahlkampf mit Teflonoberfläche vollführte. Eigene Akzentuierungen im Wahlkampf – ob die massive Kritik an der fehlgeleiteten Sozialpolitik der CDU/FDP-Regierung, die den Kern der Wahlstrategie bildete, ob in der Frage zu TTIP oder beispielsweise den Auswirkungen des Ukraine Konflikts auf Sachsen – verfangen nicht in den

Medien und wurden im Teflonwahlkampf ignoriert. Eine tatsächliche Alternative zu dieser Strategie unterbreitete sich dabei nicht. Insofern ist zu konstatieren, dass DIE LINKE in Sachsen zum zweiten Mal in Folge an Zustimmung verloren hat und diesen seit 2005 in allen neuen Bundesländern zu verzeichnenden Prozess der (im wesentlichen natürlichen) Wählerverluste im älteren Segment, ohne deren Ausgleich bei den jüngeren nicht stoppen konnte. Dennoch konnte sie sich als zweitstärkste Kraft im Land behaupten und wird mit 27 Abgeordneten die Oppositionsführerschaft für die kommenden fünf Jahre innehaben. Gleichwohl ist rechnerisch wie auch durch den Regierungseintritt der SPD eine tatsächliche rot-rot-grüne Veränderungsmehrheit in weite Ferne gerückt. Daraus ergibt sich für die Partei im Spannungsfeld als soziale Kraft, Oppositions- und alternative Gestaltungspartei im Landtag wie auch im außerparlamentarischen Bereich die Aufgabe, als Oppositionsführerin die regierenden Parteien von links unter Druck zu setzen, ohne das langfristige Ziel der Ablösung der dauerregierenden CDU und ihrer Politik aus dem Auge zu verlieren. Sie muss dabei den Eindruck vermeiden, sich in der bequemen Opposition eingerichtet zu haben, um einer Fundamentierung des Status quo entgegenzuwirken. Gleichzeitig muss sich konkretes Werben um Veränderung im Land an den tatsächlichen Realitäten messen lassen. Insofern ist es notwendig, Kommunikationskanäle zu potentiellen PartnerInnen auch nach dem Eintritt der SPD in die Regierung nicht abreißen zu lassen, sondern diese gleichwohl zu verfestigen und auszubauen. Allerdings wäre es nicht angemessen, mit einer der regierenden Parteien mit Blick auf mehr oder weniger wahrscheinliche Bündnisse in einer ungewissen Zukunft „schonend“ umzugehen. Es ist die Aufgabe der Opposition, die Regierung nicht nur zu kontrollieren, sondern unter Druck zu setzen und Alternativen zu entwickeln. Gleichzeitig unterstreichen die Ergebnisse und die Wähler\_innenwanderung der Landtagswahlen den hohen Grad an Wanderungsbereitschaft der Wähler\_innenschaft im „gefühlten“ rot-rot-grünen Lager, ohne dass gleichzeitig das Wähler\_innenpotential aller drei Parteien allzu stark variiert. Daraus ergibt sich gleichzeitig, dass natürlich SPD und Grüne nicht nur Partner\_innen, sondern Mitbewerber\_innen um potentielle Wähler\_innen sind. Erste Einbrüche in deren „klassische“ Wähler\_innenmilieus lassen sich aus den Zahlen zur Landtagswahl ablesen. Diese aus eigener Kraft zu verstärken ist eine Aufgabe der sächsischen LINKEN für die kommenden fünf Jahre.

### **3.3 SPD**

In Bezug auf die sächsische Sozialdemokratie kann man davon sprechen: Mission erfüllt. Allzu offensichtlich hatte die Partei vor und im Wahlkampf klargemacht, dass es ihr vor allen Dingen darum geht, dass sie regiert. Mit wem war ihr zu jedem Zeitpunkt nahezu egal. Gleichwohl: Der unfassbare Mitteleinsatz – die Partei investierte in den Landtagswahlkampf die dreifache Summe wie beispielsweise DIE LINKE – und die extreme Personalisierung auf den Spitzenkandidaten zeitigte nur kleine Erfolge: Die SPD – angetreten, zweitstärkste Kraft zu werden – konnte schließlich tatsächlich um zwei Prozent auf 12,4 Prozent zulegen und dem 10-Prozent-Keller zumindest ein klein wenig entkommen. Gleichwohl: Der Eintritt in die Landesregierung wird für die SPD gewiss kein Selbstläufer. Die Ausgangsbedingungen sind gegenüber 2004 nur leicht verbessert, so konnte die Partei personell eine Ministerin ohne Ministerium zusätzlich herausverhandeln, zumindest auf dem Papier sind die wesentlichen Forderungen der Sozialdemokraten – wenn auch weit entfernt von den absoluten Zielsetzungen – in den Koalitionsvertrag eingeflossen. Dennoch: Die SPD betreut wiederum die ab 2004 recht glücklos geführten Ressorts Wirtschaft und Arbeit, sowie Wissenschaft.

Gerade in diesen Ressorts finden sich aber im Koalitionsvertrag lediglich moderate Kurskorrekturen zur herrschenden CDU-Politik. Die Lorbeeren der sozialdemokratischen Koalitionsprojekte – mehr Lehrer\_innen, mehr Erzieher\_innen, mehr Polizist\_innen – werden CDU-geführte Ressorts einfahren. Der SPD, soweit scheint auch die innerkoalitionäre Kampfansage des Ministerpräsidenten klarzumachen, kommt erwartbar die Rolle der Opposition in der Regierung zu. Nicht unterzugehen, sich tatsächlich in der Regierung zu profilieren und dies dann konkret 2019 in Ergebnisse zu verwandeln, wird die schwere Aufgabe der SPD in Sachsen sein.

### **3.4 Grüne**

Die Grünen sind nach der Landtagswahl 2014 nicht mehr dieselbe Partei, so viel ist sicher. Die Unsicherheit der Partei in der Kommunikation ihrer Ziele für die Landtagswahlen – hier der Wille zum Politikwechsel auch unter Einschluss der LINKEN, dort der offensichtliche Flirt mit der CDU durch die Co-Spitzenkandidatin Antje Hermenau – wurde von den Wähler\_innen nicht goutiert. Vielmehr verlor die Partei absolut wie relativ an Zustimmung und landete bei 5,7 Prozent. Obschon rechnerisch möglich scheiterten die Sondierungen für eine schwarz-grüne Koalition letztlich wohl an der Unbeweglichkeit der CDU in der Braunkohlefrage, was zum Rückzug Hermenaus – Gallionsfigur für ein schwarz-grünes Regierungsbündnis – aus Fraktion und Landespartei führte. Was sich vor den Wahlen ankündigte, wurde damit verstärkt: Der achtköpfigen Fraktion gehört mit Eva Jähnigen nur noch eine Abgeordnete mit Parlamentserfahrungen an, alle anderen sind neu hinzugestoßen. Durch den Wechsel der beiden Co-Vorsitzenden der Partei in die Fraktion unter der parteiinternen Maßgabe der Trennung von Amt und Mandat stand somit auch ein personeller Wechsel an der Landesspitze der Partei an. Klar ist: Mit dem Rückzug Hermenaus ist der Partei nicht nur eine profilierte Politikerin abhandengekommen, sondern gleichzeitig auch eine der treibenden Kräfte für ein schwarz-grünes Bündnis. Die Partei wie auch die Fraktion befinden sich damit in einer Findungsphase mit ungewissem Ausgang: Wie gut die neue Fraktions- und Landesführung Tritt fassen kann, welche politischen Akzente sie setzen kann, aber auch, wie gut sich die Zusammenarbeit mit der Oppositionsführerin DIE LINKE sich gestaltet, wird darüber entscheiden, welche Perspektive eine links-grüne Kooperation auf Landesebene haben wird. Ansprechpartner\_innen für eine solche Zusammenarbeit sind in jedem Falle sowohl in Partei- als auch Fraktionsführung vertreten.

### **3.5 FDP**

Der Zusammenbruch der FDP auf der Bundesebene hat sich, trotz des zähen Ringens der Landespartei und einer demonstrativ zur Schau getragenen Distanz zur Bundespartei auch in Sachsen manifestiert. Konnte die NPD, die zu Beginn des Wahlzyklus‘ ähnliche Umfrageergebnisse wie Liberalen hatte, tatsächlich eine Aufholjagd beginnen und tatsächlich – wenn auch letztlich denkbar knapp vergeblich – um den Wiedereinzug in den Landtag kämpfen, so wollte die Kampagne der Liberalen nicht verfangen. Der offensiv zur Schau getragene Zweckoptimismus des FDP-Vorsitzenden Zastrow sollte bis zum Wahlabend vorhalten, um letztlich deutlich und erwartbar zu zerbröseln. Die Fassungslosigkeit, mit der Zastrow und Kollegen das Ergebnis zur Kenntnis nahmen, zeigt deutlich, wie überzeugt die Partei von ihrem sächsischen Weg war. Ihr ist es dennoch nicht gelungen, den wirklichen Mehrwert einer liberalen Partei in der Regierung, ja selbst im Landtag zu vermitteln. Der FDP steht nun ein harter Weg als außerparlamentarische Partei unterhalb der Aufmerksamkeitsschwelle bevor. Über die kommunale Basis hinaus wird sie aller Voraussicht

nach in der sächsischen Politik kaum in Erscheinung treten. Dennoch: Für einen Abgesang auf die FDP ist es weiterhin zu früh. Gelingt der Partei der bundespolitische Umschwung, kann auch die sächsische Partei aus der Asche steigen. Eine Wiederauferstehung aus eigener Kraft erscheint jedoch als unwahrscheinlich.

### **3.5 AfD**

Überraschend nur in der tatsächlichen Manifestation der Stärke konnte die AfD den Sprung in den Sächsischen Landtag schaffen. Sie profitierte dabei nicht von programmatischer Klarheit – vom Gründungskern der AfD als euro- und europakritische Partei war im Wahlkampf nichts zu sehen, dafür vielmehr der Klang kleinbürgerlicher und chauvinistischer Vorstellungen –, sondern der sich im Jahresverlauf zuspitzenden internationalen politischen Lage und der in der Folge ansteigenden Asylzahlen. Konkret konnte die AfD dabei genau dort gewinnen, die Asylfrage den Wahlkampf dominiert hatte. So hatte sie – wie die NPD – ihre stärksten Ergebnisse im Wahlkreis Bautzen IV. Gleichwohl scheint nach dem Einzug in den Sächsischen Landtag wie auch in jene von Thüringen und Brandenburg der selbsttragende Aufschwung der Partei zunächst vorbei, bundesweite Umfragewerte sind rückläufig. Insofern ist zu beobachten, inwieweit es der Partei gelingt, aus den ihr nunmehr zur Verfügung stehenden Mittel und Fraktionen ein eigenständiges und dauerhaftes Profil zu entwickeln. Gleichwohl erscheint es so, dass sie zumindest parlamentarisch sich anschickt, das Erbe der NPD in kleinbürgerlicher Maske anzutreten. Darauf weisen die ersten parlamentarischen Initiativen hin. Über den Erfolg der AfD wird somit letztlich auch entscheiden, welchen Umgang die demokratischen Parteien mit ihr finden. Dabei muss außer Frage stehen, dass eine Zusammenarbeit mit dieser – den programmatischen Zielen der LINKEN diametral entgegenstehenden Partei – im Parlament für uns nicht in Frage kommt.

### **3.6 NPD**

Die NPD scheiterte denkbar knapp an dem Wiedereinzug in den Sächsischen Landtag. Ein paar hundert Stimmen fehlten ihr, um das Anfang des Jahres fast schon sicher erscheinende Ausscheiden aus dem Landtag abzuwenden. Dass es ihr nicht gelungen ist, stellt sie nunmehr vor große Probleme: Das faktische Machtzentrum der NPD als Fraktion im Sächsischen Landtag ist weggebrochen, der Partei gehen dadurch personelle und finanzielle Ressourcen im Umfang verloren. Nur noch in Mecklenburg-Vorpommern ist sie im Landtag vertreten. Der Machtkampf innerhalb der Partei ist dabei nur scheinbar entschieden. Der Sächsische Weg der „radikalen Seriosität“ scheint sowohl innerhalb als auch außerhalb der Partei abgewählt. Gleichzeitig versucht die Partei nun außerparlamentarisch auf der Welle der zugespitzten Asylfrage zu schwimmen. Eine Rückkehr der NPD auf die landespolitische Ebene ist nicht ausgeschlossen, über das Gelingen wird letztlich auch das laufende Verbotsverfahren entscheiden.

### **3.7 Piraten**

Nach den Landtagswahlen in den drei ostdeutschen Bundesländern ist eines klar: Der Hype um die Piraten ist endgültig vorbei. Die Partei befindet sich im offenen Auflösungsprozess. Der Newcomer und Senkrechtstarter der vergangenen Jahre ist verglüht, obschon sie zumindest kommunalpolitisch kleine Achtungserfolge erreichen konnte und gerade in der sächsischen Landeshauptstadt faktisch „mitregiert“. Die Herausforderung besteht nun darin, die von den Piraten durchaus zu Recht angesprochenen Herausforderungen der Digitalisierung, neuer Medien, der Fragen zu neuen Teilhabemöglichkeiten in der Demokratie

wie auch die aufgeworfenen Fragen zu Daten- und Verbraucherschutz in die eigene Programmatik zu übersetzen. Die ersten Anfänge hierfür sind getan. DIE LINKE täte gut daran, die One-Hit-Wonder des politischen Systems nicht zu mitleidig zu belächeln, sondern ihre Hand sowohl personell als auch inhaltlich auszustrecken.

### **3.8 Freie Wähler**

Die Freien Wähler haben ihre gleichwohl geringen Chancen nicht nutzen können. Selbst von einem Achtungserfolg blieben sie weit entfernt. Die Zukunft dieser parteigewordenen Wählergemeinschaft ist derzeit mehr als unklar, Wählergemeinschaften insgesamt werden jedoch ihre mancherorts dominierende Rolle auf lokaler Ebene beibehalten. Die Auseinandersetzung mit den Freien Wählern und den Wählergemeinschaften bleibt damit für DIE LINKE eine kommunalpolitische Herausforderung.

## **4. Die Ergebnisse der LINKEN. Sachsen bei den Landtagswahlen 2014**

### **4.1. Gesamtergebnis und Gesamtentwicklung des Elektorats**

Die Zahl der Wahlberechtigten in Sachsen sank von 3 510 336 auf 3 376 627, also um ca. 4%. Noch deutlicher verringerte sich die Zahl der Wählerinnen und Wähler durch die zusätzlich zum Schrumpfen der wahlberechtigten Bevölkerung von 52,2% auf 49,1% sinkende Wahlbeteiligung. Gabe es 2009 noch 1 797 349 gültige Listenstimmen, waren dies 2014 nur noch 1 637 499. Das ist ein Rückgang um 160 000 Wählerinnen und Wähler, also um fast 9%. Diese Prozesse der Schrumpfung der Zahl der Wählerinnen und Wähler sowie der Wahlbeteiligung lässt sich nicht nur bis 2004 sondern bis in die 90er Jahre des vergangenen Jahrhunderts zurückverfolgen. 1999 gab es noch fast 2,2 Millionen gültige Listenstimmen, nunmehr sind es nur noch etwas mehr als 1,6 Millionen, ein Verlust von mehr als einem Viertel.

DIE LINKE erreichte einen Zweitstimmenanteil von 18,9%, dies entspricht 309 581 Stimmen. Damit sank das Ergebnis im Vergleich zu 2009 um 1,7% bzw. 60 000 Stimmen.

DIE LINKE konnte ein Direktmandat neu erringen, ein Direktmandat ging verloren, beides in Leipzig. Der Direktmandatinhaber in Chemnitz trat nicht erneut an, so dass dieses Mandat nicht verteidigt werden konnte.

### **4.2 Regionale Unterschiede**

Die Zweitstimmenergebnisse der LINKEN zeigen deutliche regionale Differenzen.

Auf Ebene der Wahlkreise ist zu bemerken, dass die 8 besten Resultate in den Großstädten Leipzig, Chemnitz und Dresden erreicht wurden. Auch das neuntbeste Ergebnis wurde in einem stark urban geprägten Wahlkreis, Zwickau 3, erreicht.

Auf Ebene der Analyse der Wahldaten der Gemeinden differenziert sich dieses Bild erheblich. Hier tauchen unter den besten Ergebnissen Orte auf, die zwar städtisch geprägt sind, bei weitem aber nicht als Großstädte zu bezeichnen sind. Dies sind auf Platz 2 der besten Resultate die Stadt Hoyerswerda, gefolgt von Reichenbach, Lugau, Böhlen, Aue, Weißwasser. Auf Ebene der Gemeinden sind unter den 10 besten Ergebnissen 7 Gemeinden außerhalb der Großstädte.

Auf Wahlkreisebene sind für die Flächenkreise ebenso erhebliche Unterschiede zu bemerken. Die schwächsten Ergebnisse der LINKEN sind im weiteren Umkreis der Landeshauptstadt zu

finden, während sich Schwerpunkte für stärkere Ergebnisse in den Flächenkreisen im Nordosten, Nordwesten und Südwesten Sachsens zeigen.

Auf Ebene der Gemeindedatenanalyse ist ein deutlich differenzierteres Bild auch für die schwächeren Ergebnisse der LINKEN zu erkennen, was in der Natur der (Analyse-)Sache liegt. Die 4 mit Abstand schwächsten Ergebnisse (zwischen 4,3% und 8% der Zweitstimmen) wurden einem kleinen, zusammenhängenden Gebiet erzielt (Räckelwitz, Rabitz-Rosenthal, Panschwitz-Kuckau, Nebelschütz), welches unmittelbar angrenzt an eine Gemeinde mit einem Spitzenergebnis unter besten 10% (Kamenz 23,1%).

## **4.2 Die Stimmenverluste**

Insgesamt verlor DIE LINKE absolut rund 60.700 gegenüber dem Ergebnis des vorangegangenen Urnenganges 2009. Die „Abgänge“ sind dabei grob in drei Kategorien einzuteilen: Demographische Verluste, Verluste in den Nichtwähler\_innenbereich und an andere Parteien. Mit rund der Hälfte der Verluste bildet dabei die erste Kategorie den im Verhältnis größten Teil der Stimmverluste und stellt damit eine besondere Herausforderung an zukünftiges Handeln der Partei dar. Alle Angaben in diesem Kapitel beruhen auf Berechnungen und Schätzungen von Infratest dimap sowie der Nachwahlbefragungen und Berechnungen von Horst Kahrs.

### **4.2.1 Demografisch bedingte Verluste**

In Sachsen, wie in allen ostdeutschen Bundesländern, ist auf Grund der Alterstruktur der Wähler\_innenschaft der Anteil seit der letzten Wahl Verstorbener Wähler\_innen stets größer als die Zahl der erstmals Wahlberechtigten. Damit sinkt die Größe der Gesamtwähler\_innenschaft von Wahl zu Wahl. Hinzu kommt, dass die Wahlbeteiligung jüngerer Wahlberechtigter deutlich hinter der älterer zurückfällt. Daneben müssen Effekte der Binnenmigration – also Zu- und Wegzug über die Landesgrenze zwischen den einzelnen Wahlgängen gleicher Ebene – betrachtet werden. Dabei ist augenscheinlich, dass sowohl das Stimmverhalten von Verstorbenen und Erstwähler\_Innen, wie auch das von Zugezogenen und fortgezogenen nicht dem durchschnittlichen Stimmverhalten der Gesamtbevölkerung entsprechen. Der demographischen Entwicklung der Gesamtbevölkerung kommt daher tatsächlich eine Bedeutung für die Stärke und Entwicklung der Ergebnisse von Parteien zu. In beiden Fällen – Binnenmigration, wie auch im Verhältnis des Stimmverhaltens von Erstwähler\_innen und Verstorbenen – schlägt das Pendel zu Ungunsten der LINKEN aus.

So hat DIE LINKE in Sachsen unter den über die Landesgrenze hinaus Fortgezogenen einen relativen Stimmenanteil von 16 Prozent, unter den Zugezogenen lediglich von 9 Prozent. So war das Wähler\_innenpotential der LINKEN gegenüber den Landtagswahlen 2009 im Saldo von Zu- und Fortzug um 6.000 Wähler\_innen kleiner: 15.000 bisherige Wähler\_innen waren verzogen, lediglich 6.000 zugezogen.

Bei den seit der letzten Wahl verstorbenen Wähler\_innen hatte DIE LINKE in Sachsen einen Stimmanteil von 27 Prozent, bei den Erstwähler\_innen von 14 Prozent. Insgesamt verstarben seit der letzten Landtagswahl 38.000 bisherige LINKEN-Wähler\_innen, auf Grund der deutlich kleineren Altersgruppe und der in dieser Gruppe besonders hohen Wahlenthaltung kamen lediglich 7.000 Erstwähler\_innen hinzu. Damit ergibt sich hier in der natürlichen Bevölkerungsentwicklung ein negatives Saldo von 31.000 Stimmen bzw. 50,8 Prozent der Gesamtverluste an absoluten Stimmen bei der Landtagswahl 2014.

Insgesamt machen Faktoren der Bevölkerungsentwicklung damit über 60 Prozent der Stimmverluste für DIE LINKE aus, was sich insofern als Problem darstellt, dass auch bei dieser Wahl die Partei überdurchschnittlich stark insbesondere in älteren Bevölkerungsgruppen und unterdurchschnittlich stark bei den jüngeren Bevölkerungsgruppen war. DIE LINKE ist nicht die einzige Partei, die mit diesen Problemen konfrontiert ist: Absolut höher mit einem Negativsaldo von fast 50.000 zwischen Erstwähler\_innen und Verstorbenen verliert die Union Wähler\_innen, Auch die SPD verliert im gleichen Verhältnis zu ihrem Ergebnis im Vergleich zur LINKEN. Lediglich die Grünen sind auf Grund einer verhältnismäßig jungen Wähler\_innenschaft nur wenig betroffen, die AfD ist durch ihren erstmaligen Wahlantritt komplett auszunehmen. Allerdings: SPD, Union und Grüne weisen insbesondere bei der Binnenmigration über die Landesgrenze positive Salden auf, profitieren also stark von der Migration. DIE LINKE ist die einzige im Landtag vertretene Partei, für die beide Salden negativ ausschlagen, was auch auf ihre besondere Bindungskraft von Wähler\_innengruppen in den 90er Jahren in der Rolle der Vertreter\_in ostdeutscher Interessen zurückzuführen ist: Diese ostdeutschen Interessen spielen für Zugezogene insbesondere aus den alten Bundesländern überhaupt keine Rolle. Hier schlagen sich eher der westdeutsche Antikommunismus und die Distanz zur LINKEN nieder. Für Erstwähler\_innen dürften diese Interessen und Wenderfahrungen nur im geringen Maße und mittelbar eine Rolle spielen.

Die Gesamtheit dieser demographischen Verluste ist auch in Zukunft für DIE LINKE nur unwahrscheinlich zu kompensieren. Die relativen Verluste an der Gesamtwähler\_innenschaft zu begrenzen oder für die Partei ins Positive zu drehen, ist die Herausforderung linker Politik in dieser sich stark verändernden Bevölkerungsstruktur.

#### **4.2.2 Verluste in den Nichtwähler\_innenbereich**

Aus dem Bereich der Nichtwähler\_innen bleibt ein negatives Wanderungssaldo für DIE LINKE in Sachsen bestehen. So gewann die Partei 19.000 Wähler\_innen hinzu, die beim vorangegangenen Urnengang sich der Stimme enthalten haben, verliert gleichzeitig jedoch 32.000 Wähler\_innen an das Lager der Wahlenthaltenden. Es bleibt ein negatives Wanderungssaldo von 13.000 Wähler\_innen bestehen. Absolut sind Zu- und Abstrom mit dem in Thüringen vergleichbar (+20.000/-31.000). Relativ fällt diese Wanderungsbewegung auf Grund der deutlich größeren Wähler\_innenschaft insgesamt moderater aus. Von den drei Landtagswahlen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen, die durchweg ein negatives Wanderungssaldo ins Nichtwähler\_innenlager aufweisen, verlor DIE LINKE. Sachsen relativ zur Gesamtwähler\_innenschaft am wenigsten.

#### **4.2.3 Verluste an und Gewinne von anderen Parteien**

Insgesamt verliert DIE LINKE im Wähler\_innenaustausch mit den anderen Parteien. Den größten Verlust bildet dabei der Abstrom zur AfD, welche wahrscheinlich als „neue“ Partei mit deutlicher Abgrenzung zu den „Altparteien“ ein Protestwähler\_innenpotential der LINKEN binden konnte. Insgesamt verliert die Partei rund 15.000 Wähler\_innen an die Rechtspopulisten. Auch die NPD profitiert von der LINKEN mit einem Abstrom von 2.000 Wähler\_innen, ein Phänomen, welches sich bereits in den Landtagswahlen 2004 und 2009, als die NPD den Sprung über die 5-Prozent-Hürde schaffte, manifestierte. Hierbei handelt es sich potentiell um eine protestorientierte, sozialkonservative und latent chauvinistische Wähler\_innengruppe, die dauerhaft mit einem linken Weltbild bei gleichzeitigen rechtskonservativen und extrem rechten „Alternativangeboten“ nicht dauerhaft bindbar sind.

Auch mit dem bürgerlichen Lager fand ein reger Wähler\_innenaustausch statt, im Falle der Union zu Ungunsten der LINKEN. Hier gelang es, rund 9.000 Wähler\_innen von der Wahl der LINKEN zu überzeugen. Gleichzeitig entschieden sich rund 13.000 vormalige eigene Wähler\_innen zur Wahl der CDU. Demgegenüber steht ein positives Wanderungssaldo von der FDP zur LINKEN. Diese konnte 2.000 vormalige LINKEN-Wähler\_innen von einer Wahl der Liberalen überzeugen, wohingegen 7.000 vormalige FDP-Wähler\_innen dieses Mal ein Kreuz bei der LINKEN machten.

Der größte Wähler\_innenaustausch von und zur LINKEN fand mithin im sogenannten Mitte-Links-Lager, also zwischen DIE LINKE auf der einen Seite und den Grünen auf der anderen Seite statt. So wechselten insgesamt 16.000 vormalige Wähler\_innen der LINKEN dieses Mal zur SPD. Dieser Verlust hob sich jedoch durch die Stimmengewinne von der SPD mit ebenfalls 16.000 Wähler\_innen wieder auf. Insgesamt 4.000 vormalige Wähler\_innen der LINKEN entschieden sich dieses Mal für die Grünen. Dem gegenüber steht jedoch ein Gewinn von insgesamt 10.000 Stimmen vormaliger Grünenwähler\_innen.

Von anderen Parteien konnte DIE LINKE 8.000 Wähler\_innen gewinnen, gab dabei insgesamt 9.000 Wähler\_innen ab.

Insgesamt kann DIE LINKE so in der Wähler\_innenwanderung 50.000 vormalige Wähler\_innen anderer Parteien von sich überzeugen, verliert gleichwohl 61.000 Stimmen an andere Parteien und weißt – maßgeblich durch die Verluste an die AfD – ein negatives Wanderungssaldo von 11.000 Stimmen aus.

Daraus lassen sich der Tendenzen ablesen:

- DIE LINKE kann insgesamt im Wähler\_innenaustausch des „Mitte-Links-Lagers“ gewinnen. Das Kräfteverhältnis dieses Lagers bleibt jedoch im Gesamtverhältnis relativ konstant gegenüber dem bürgerlichen und extrem rechten Lager. Der starke Austausch mit der SPD ist mit einem wechselseitigen intensiven Werben um Wähler\_innen des anderen insbesondere in den letzten beiden Wochen des Wahlkampfes zu erklären: So hat die SPD stark damit geworben, mit einer Regierungsbeteiligung das Soziale stärker in den Mittelpunkt der Landespolitik rücken zu wollen, was von Wähler\_innen durchaus als Chance auf einen „kleinen Politikwechsel“ verstanden worden ist. Zum anderen hat DIE LINKE in diesem Lager deutlich darauf hingewiesen, dass nur eine Stimme für DIE LINKE im Zweifel nicht den Machterhalt der herrschenden CDU sichert. Daraus lassen sich auch die Stimmgewinne von den Grünen herleiten, deren Spitzenkandidatin allzu deutlich mit der Regierungsbeteiligung an der Seite der CDU geliebäugelt hat und damit die eigene Wähler\_innenschaft verschreckte.
- Aus dem bürgerlichen Lager kann DIE LINKE mit leichtem Gewinn von 1.000 Stimmen profitieren. Die nicht unerhebliche Wanderungsbewegung von 31.000 Wähler\_innen zwischen der LINKEN und dem bürgerlichen Lager zeigt auch, dass nicht unerhebliche Teile der bürgerlichen Wähler\_innenschaft auch von linken Positionen überzeugbar sind, wie auch anders herum. In diesem Umfang erscheint es als ostdeutsches, ja sächsisches Phänomen, in der die SPD im Parteiensystem des Landes gegenüber dem „Normalverhältnis“ in anderen Ländern nur eine untergeordnete Rolle spielt und die Lücke in der Wähler\_innenschaft für diese recht klein ist. Der Sprung von bürgerlich zu links und andersherum erscheint auf Grund des Fehlens einer starken SPD somit deutlich kleiner.

- An rechtspopulistische und extreme rechte Kräfte konnte DIE LINKE nur verlieren. Der Verlust in der Größenordnung von 17.000 Stimmen reißt das Wanderungssaldo insgesamt ins Negative. Gleichwohl bestätigt sich damit auch, dass Teile der eigenen Wähler\_innenschaft stark von Protestgebahren, Ressentiments, rassistischen Tönen und chauvinistischen Politikansätzen ansprechbar sind. Gegen platte Stammtischparolen und rechte Menschenfeindlichkeit hatte DIE LINKE offenbar nichts entgegensetzen. Gleichwohl stellt sich die Frage, ob sie dies unter Wahrung ihrer eigenen programmatischen Ziele, der Achtung ihres Weltbildes und ohne die Wähler\_innen zu verschrecken, welche DIE LINKE gerade wegen dieses Weltbildes wählen, überhaupt kann.

## **Zusammenfassung**

Das Wahlergebnis der LINKEN bei den Landtagswahlen in Sachsen ist einzuordnen in eine ganze Reihe von Wahlergebnissen seit 2008/09, die von einem Rückgang der Ergebnisse für DIE LINKE gekennzeichnet sind. Einschließlich der Landtagswahlen 2014 in den drei ostdeutschen Bundesländern ist bei den in diesem Zeitraum vergleichbaren Wahlen nur eine einzige Ausnahme zu erkennen, das Wahlergebnis der LINKEN in Thüringen, und auch diese Ausnahme bezieht sich nicht auf die absoluten Stimmen.

Diese Einordnung ist für eine qualifizierte Beurteilung des Wahlergebnisses notwendig, weil die sich jeweils grundsätzlich unterscheidenden Wahl- und Kommunikationsstrategien der LINKEN in den Ländern und im Bund kein einziges Beispiel aufzeigen, dass oder gar wie der Gesamttrend durchbrochen werden konnte. Die dennoch feststellbaren Unterschiede sind in der Höhe des jeweiligen Stimmenverlustes zu finden - diese sind jedoch erheblich. Die größten Stimmenverluste in Bundesländern in diesem Zeitraum betragen über die Hälfte der Stimmen, die geringsten Verluste liegen im Bereich von weniger als 10% für die relativen Zahlen und bis zu 20% der absoluten Stimmen. DIE LINKE. Sachsen liegt mit ihrem Stimmenverlusten in diesem Bereich. Damit ist es nicht gelungen, den Trend der LINKEN aufzuhalten oder umzukehren.

Dieses Problem wurde bereits in der Wahlstrategie benannt. Die in Kenntnis dessen dennoch verabschiedete Zielstellung, das Wahlergebnis von 2009 zu halten, wurde damit nicht erreicht. Allerdings ist nicht zu erkennen, dass es sinnvoll sein könnte unter den Bedingungen eines negativen Bundestrends ein niedrigeres Wahlergebnis als Ziel auszugeben.

Dies gilt ebenso für die Orientierung, die absoluten Ergebnisse von 2009 wieder zu erreichen, die vorrangig zur Mobilisierung der Mitgliedschaft diene.

Die Zielstellung der Gewinnung von Wählerinnen und Wählern der jüngeren Generation wurde erreicht, der Anteil der LINKEN in dieser Gruppe stieg erkennbar, wenn auch nicht ausreichend. Der aktive und eigenständige Wahlkampf des Jugendverbandes ist in diesem Zusammenhang zwingend positiv zu erwähnen, ebenso die Unterstützung der Jugendstrukturen, die diese der Partei gegeben hat.

Das Ziel, die zweitstärkste Fraktion im Landtag zu stellen, wurde erreicht, ebenso wurde das Wahlziel erreicht, eine absolute Mehrheit der CDU zu verhindern.

Das demografische Auseinanderdriften zwischen großen Städten und ländlichen Regionen im Freistaat Sachsen stellt sich zunehmend als politisches und organisatorisches Problem für DIE LINKE dar. Zur insgesamt sinkenden Bevölkerung in Sachsen kommt eine

Binnendifferenzierung hinzu, die zwei wachsende und eine relativ konstante Großstadt erkennen lässt bei verstärkter Schrumpfung der Flächenkreise. Überall da, wo die LINKE in Städten, Kreisen und Gemeinden politisch aktiv war, „Gesicht zeigen“ konnte und eine halbwegs aktive Parteiorganisation aufzuweisen hat, waren die Ergebnisse auch ansprechend. Es liegt in der Natur der Sache, dass dies in größeren Gemeinden und Städten häufiger der Fall ist, als in kleineren. Das damit verbundene Problem ist erheblich. Denn die Stärke der Parteiorganisationen im ländlichen Raum bzw. in kleineren Städten und Gemeinden scheint auch in den vor uns liegenden Jahren abzunehmen und damit auch unsere Fähigkeit, politisch dort aktiv zu sein. Der Zusammenhang zu einem Absinken der Wahlergebnisse in solchen Gebieten ist deutlich geworden. Daher ist es eine der wichtigsten Aufgaben zu entwickelnder Strategien, diesem Problem zu versuchen zu begegnen.

Das von Horst Kahrs vorgelegte Papier „Degrowth bei der LINKEN“ bildet einen wesentlichen Beitrag zur Wahlauswertung auch der sächsischen Landtagswahlen. Für die im nächsten Jahr bevorstehende strategische Debatte stellt es eine Grundlage dar. Insbesondere das bei Kahrs benannte Generationenproblem der LINKEN - starke Wahlergebnisse in den älteren Segmenten, schwächer bei den jüngeren - muss in Auswertung dieser Landtagswahlen angegangen werden. Den seit 2004 konstanten Wahlergebnissen der LINKEN. Sachsen bei Landtagswahlen in der Gruppe der Arbeiter und Selbständigen steht ein Sinken des linken Anteils bei Angestellten und Beamten gegenüber. Im Gegensatz zu Sachsen ist es den Thüringer LINKEN gelungen, den Anteil auch im Bereich der Angestellten und Beamten konstant zu halten. Damit wird eine weitere Aufgabe für die bevorstehenden Jahre deutlich, die guten Kommunikationsbeziehungen zur thüringischen Partei können dafür nur hilfreich sein.

## Teil 2

### 1. Einordnung der Landtagswahl und Wahlkampf Vorbereitung

Im Rahmen der Wahlkämpfe 2013 und 2014 waren die Bundestagswahl und die Europa- und Kommunalwahlen Etappenziele für die sächsische LINKE. Seit 2009 haben wir innerparteilich inhaltlich und methodisch kontinuierlich die Landtagswahl 2014 vorbereitet und die verschiedenen Wahlen genutzt, um organisatorisch auf die Landtagswahl möglichst gut vorbereitet zu sein.

Seit 2009 wurde mit Beschlüssen das inhaltliche, aber auch das organisatorische Fundament für die Wahlen erarbeitet. So haben wir uns mit dem Beschluss A1 "Aufbruch in ein neues Jahrzehnt" vom 8. und 9. November 2009 die inhaltlichen Kernthemen der nächsten Jahre umrissen, welche wir in Vorbereitung der Wahl 2014 bearbeiten wollten. Wir haben mit diesem Beschluss aber auch innerparteilich Weichen gestellt, um DIE LINKE in Sachsen als Organisationsstruktur weiter zu entwickeln. Im Mittelpunkt dabei standen Parteientwicklung, politische Bildung, Erhalt und Förderung der Kampagnenfähigkeit und das modellhafte Ausprobieren und Entwickeln von Dialogformen, um mit den Menschen und letztlich potentiellen WählerInnen ins Gespräch zu kommen.

Im Nachgang dieses Beschlusses wurden Leitlinien zu den beschlossenen Politikfeldern erarbeitet, die als Grundlage zur Erarbeitung des Wahlprogrammes gedient haben. Die nachhaltige und grundsätzliche Erwartung der Mitglieder unserer Partei, an der Erarbeitung unserer inhaltlichen Grundlagen so breit wie möglich beteiligt zu sein war die Voraussetzung, diesen Prozess transparent, beteiligungsoffen und zeitlich ausgedehnt zu gestalten. Jede einzelne Leitliniendebatte wurde durch Gremien wie den Landesparteitag oder die gemeinsame Beratung von Landesvorstand, Landesrat, Kreisvorsitzenden und Fraktionsvorstand beschlossen und letztendlich auch zu Ende geführt. Die Beteiligung der GenossInnen in den Basisorganisationen, Orts- und Kreisverbänden, aber auch der landesweiten Zusammenschlüsse war überragend.

Darüber hinaus wurden viele dieser sehr bewusst über die Parteigrenzen hinaus zur Diskussion gestellt. So haben wir uns zum Thema Energiepolitik mit Johannes Lichdi auseinander gesetzt, die Bildungspolitischen Leitlinien wurden von der GEW, aber auch dem LandeschülerInnenrat unter die Lupe genommen, die Wirtschaftspolitischen Leitlinien mit UnternehmerInnen und Unternehmern, genauso wie von GewerkschafterInnen und Gewerkschaftern diskutiert und durch interessante Beiträge bereichert. Zu den Themen Demokratie sind wir mit Vereinen und Verbänden ins Gespräch gekommen.

Diese sehr offen angelegte Diskussion hat dazu geführt, dass viele Impulse von außen gekommen sind, um die Machbarkeit und Umsetzung in den Mittelpunkt zu rücken - genauso wie die realitätstaugliche Fokussierung innerhalb der Themen.

Die Leitlinien dienten dann schließlich Redaktionsgruppe für das Wahlprogramm gemeinsam mit dem Landtagswahlprogramm 2009 als Grundlage für die Erarbeitung des Entwurfes des 2014er Wahlprogrammes.

Auch über die organisatorische Vorbereitung haben wir uns frühzeitig Gedanken gemacht. Zum einen hat der Landesvorstand entschieden, dass der Wahlkampf in sehr enger Zusammenarbeit mit den Kreisverbänden vorbereitet werden soll. Deshalb wurden viele

Entscheidungen und Entscheidungsvorbereitungen im Wahlplenum erarbeitet, in welchen nur Teile des Landesvorstandes vertreten waren, dafür aber alle WahlkampfleiterInnen der Kreisverbände und die Kreisvorsitzenden der LINKEN Sachsen. So wurde im Wahlplenum das Wahlkampfbudget geplant, welches der Landesvorstand dann in der erarbeiteten Form beschlossen hat, aber auch die Kampagne für die Landtagswahl vorbereitet und diskutiert.

Bereits Anfang 2012 haben wir die Diskussion über die Wahlkampfstrukturen begonnen, sowohl die Notwendigkeiten in den Kreiswahlstrukturen als auch derer auf Landesebene. Weiterhin wurden im Zuge dessen durch die Kreisverbände präzise Anforderungen an die WahlFabrik formuliert.

Die Bundestagswahl 2013 und die Kommunal- und Europawahlen 2014 haben wir dafür genutzt, um Strukturen und neu entwickelte Formate zu testen. So wurden einbindende Aktionsformen, wie die Kochtour, Lesungen, Biergartenformate getestet, aber auch MultiplikatorInnenbesuche. Wir haben die Logistik für die Wahlkampfmaterialien getestet und Materialoptimierungen in den Mittelpunkt gerückt. Und letztlich auch die Schlagkraft der Partei im Wahlkampf auf den Prüfstand gestellt.

## **2. KandidatInnen**

Die Hauptaufgabe der KandidatInnenfindung liegt aufgrund der Nominierungen der DirektkandidatInnen für die Landtagswahl bei den Kreisverbänden. In der Regel werden diese KandidatInnen für die Landesliste vorgeschlagen.

Insgesamt haben wir 72 Kandidatinnen und Kandidaten für die Landtagswahl nominiert, davon 60 Direktkandidatinnen und -kandidaten in den Kreisverbänden, 6 Kandidatinnen und Kandidaten des Jugendverbandes und wenige Kandidatinnen und Kandidaten, die ausschließlich auf der Landesliste ohne Wahlkreis kandidiert haben. Die meisten davon sind Unterstützungskandidaturen. Wir haben fast so viele weibliche Kandidierende wie männliche Kandidaten. Auf der Landesliste sind im Ergebnis der LandesvertreterInnenversammlung sogar mehr Frauen als Männer, dies gilt auch für die neue Fraktion im Sächsischen Landtag.

Der Spitzenkandidat Rico Gebhardt hat in keinem Direktwahlkreis kandidiert, weil der Fokus auf der Spitzenkandidatur in der sachsenweiten Präsenz liegt und diese den Wahlkampf vor Ort konterkariert hätte.

Seitens der WahlFabrik und des Landesvorstandes haben wir in den Kreisverbänden insbesondere für Unterstützung geworben bzw. aus der WahlFabrik konkrete Unterstützungen angeboten, die für die Kandidierenden konzipiert waren, die nicht schon im Landtag vertreten sind. Dabei haben wir die Beantwortung von Anfragen unterstützt, Website/Blogs mit erstellt und entsprechende Raster zur Verfügung gestellt, Wahlkampfunterstützung organisiert usw.

Weiterhin haben wir alle KandidatInnen mit regelmäßigen Informationsmails versorgt, wann es welche Materialien gibt, Gegnerbeobachtungen, was aktuell zu beachten ist, Argumente zu bestimmten Themen und Musterantworten zu Wahlprüfsteinen geliefert, so dass alle die draußen unterwegs sind, gut informiert waren.

## **2.1. Das 6er Team**

Das 6er Kernteam hatte mehrere Aufgaben gleichzeitig. Die Mitglieder im Team sollten zum einen die wichtigsten Themengebiete repräsentieren, mit denen wir in den Wahlkampf ziehen. Zum anderen sollte das Team aufgrund seiner heterogenen Zusammensetzung die Partei für den Wahlkampf zusammen führen und Gräben überwinden, Kompromisse schaffen, für einander einstehen.

Die mediale Aufmerksamkeit bei der Vorstellung des Teams ist gut gelungen, auch wenn sich die Berichterstattung auf das „neue“ Gesicht im Team fokussierte, was vorauszusehen war. Der Landesvorstand hat den Vorschlag des Spitzenkandidaten und der Wahlkampfleiterin unterstützt. Innerparteilich gab es von einigen Genossinnen und Genossen an der Nominierung von Luise Kritik. Diese Kritik ging schließlich bis ins persönliche und endete mit der Aufforderung an den Spitzenkandidaten die Nominierung von Luise rückgängig zu machen.

Das Team selbst hat allerdings im Punkt der Zusammenführung der unterschiedlichen Interessen der Partei nicht funktioniert. Es war Absicht, polarisierende GenossInnen in das Spitzenteam zu berufen. Der Spitzenkandidat und die Wahlkampfleiterin haben deutlich gemacht, was mit dem Team angedacht ist und haben die MitstreiterInnen gefragt, ob sie für diesen Ansatz stehen und dabei sein wollen. Das wurde von allen bejaht.

Im Verlaufe der Zeit, hat sich jedoch gezeigt, dass die Auffassungen zu "Gräben überwinden" und "Kompromisse schaffen" sehr unterschiedlich sind und dass Mitglieder des Kernteams nicht für andere Mitglieder eingestanden haben, obwohl sie das für die eigene Person jeweils in Anspruch genommen und erwartet haben.

Leider war es organisatorisch fast unmöglich gemeinsame Termine zu finden, obwohl es auch dazu bei der „Konstituierung“ des Teams Absprachen gab, sich jeweils nach den Fraktionsvorstandssitzungen zu treffen. Es haben immer Mitglieder des Teams gefehlt bzw. mussten Termin vorzeitig verlassen. Deswegen gelang es auch nicht alle Teammitglieder hinter die geplante Kampagne zu versammeln, die erstmalig in dieser Runde vorgestellt worden ist.

Die hohe Wertigkeit und die diffizilen Aufgaben, die dem Team zukam wurden leider nicht von allen MitstreiterInnen erkannt. Deswegen gelang es auch nicht das Team bei der Vorstellung der Wahlkampfkampagne mit einzubeziehen.

Zusammenfassend muss festgestellt werden, dass die Idee ein 6erTeam den Spitzenkandidaten an die Seite zu stellen nicht funktioniert hat. Gemeinsamkeiten im und für den Wahlkampf herauszubilden und für die Kommunikation in die Partei.

Was funktioniert hat, ist die Vertretung des Spitzenkandidaten bei angefragten Podiumsdiskussionen, die fast ausschließlich vor der heißen Wahlkampfphase stattfanden.

## **3. Die Kampagne**

### **3.1. Entstehung**

Mit Grundentscheidungen der Landesparteitage war gesetzt, dass wir einen mutigen und dialogorientierten Wahlkampf führen wollen. Wir haben uns nicht darauf festgelegt, dass es sofort einen Politikwechsel geben muss, aber in den Mittelpunkt gerückt, dass er Sachsen gut

täte. Wir haben auch deutlich formuliert, dass wir die Rolle annehmen, welche uns die Wählerinnen und Wähler zuschreiben.

Die inhaltlichen Felder wurden ebenfalls durch Landesparteitage beschlossen und waren grob gesetzt.

Wie die Kampagne genau aussehen kann, wurde ab Beginn 2013 immer wieder diskutiert. Wir haben beispielsweise die alten Landtagswahlkampagnen von 2004 und 2009 unter die Lupe genommen, auch die Bundestagswahlkampagnen und deren Auswertungen.

Wir wollten locker in den Wahlkampf gehen, orientiert an 2004, gern auch mit Augenzwinkern und endlich wieder frisch und frech. Ein Ministerpräsidentenwahlkampf nach Vorbild von 2009 war nicht gewollt.

Durch die Kommunal- und Europawahlen 2014, die Ende Mai stattfanden, gab es einen logischen Bruch in der Diskussion und Erarbeitung. In der Zeit vor dem Wahltermin, haben wir uns zu 100 Prozent auf die anstehenden Wahlen konzentriert und nur sehr marginal die Landtagswahl in den Fokus rücken können. Das war ausdrücklicher Wunsch der Kreisverbände, auch unter Inkaufnahme, dass das Zeitfenster für zu treffende Entscheidungen eng ist. Die Kommunalwahlen waren so kraftraubend für die Kreisverbände, dass dies die einzig richtige Entscheidung war.

Sogar nach den Kommunalwahlen wurde bei Besuchen in den Kreisverbänden und der Diskussion der Kampagne gesagt, dass es "zu viel" in zu kurzer Zeit ist. Dennoch konnten viele vor der Entscheidung zu Plakaten mit einbezogen werden, was gut war, weil das Ziel, eine tragfähige Kampagne zu entwickeln damit erreicht werden konnte.

Wir konnten trotz der schwierigen Terminsetzungen im Gegensatz zu 2009 sehr breit über die Kampagne diskutieren, was bei den Kreisverbänden auf Wohlwollen gestoßen ist.

### **3.2. Die Wahlstrategie**

Für die Zeitschiene der Wahlstrategie galt auch das Erfordernis, diese erst nach dem Wahltermin am 25. Mai 2014 zu entscheiden, da das Ergebnis der Kommunal- und Europawahl in die Strategiebildung einfließen sollte. Dementsprechend wurde die Wahlstrategie nach zweifach erfolgter Vorabdiskussion im Wahlplenum Ende Mai im Landesvorstand beschlossen.

Wir haben uns mit der Wahlstrategie für eine lockere Tonalität entschieden, die provoziert und dabei unsere Inhalte in den Mittelpunkt rückt. Weiterhin haben wir nach Positionen suchen müssen, die nur wir in den Mittelpunkt stellen wollen, so dass nicht alle Parteien das gleiche Thema fordern. Die Kunst ist es, im Wahlkampf die Besonderheiten herauszustellen und nicht das, was alle erwarten.

Wir haben im Wahlkampf auf Überraschungsmomente gesetzt - sowohl online als auch offline.

Die folgenden Werbemittel wurden flächendeckend in Sachsen eingesetzt:

- 250 Großflächen plus Spendenflächen mit 3 Motiven
- 50.000 Themenplakate plus 6.000 über den Landesverband produzierte Personenplakate, wenn die Kreisverbände sich dafür entschieden haben (nicht enthalten sind die Personenplakate, welche durch Kreisverbände selbst produziert wurden)

- knapp 1 Mio. Wahlzeitungen (regionalisiert in 13 Ausgaben)
- 500 Ankündigungsplakate für die Tour des Spitzenkandidaten
- 300.000 Kurzwahlprogramme (A5-Flyer)
- 291.000 über den Landesverband produzierte Personenfolder (A5 Wickelfalz)
- 25.000 Personenfolder des Spitzenkandidaten
- 60.000 Postkarten mit der Aufforderung für Briefwahl
- geplante Postkarten: 8 x 30.000 Postkarten (Wirtschaftskraft und anständige Einkommen; Pisa-Lob und weniger Schulabbrecher; Leistungswille und Solidarität; Industrietradition und Energiewende; Sächsisch und weltoffen; Investitionen in Stadt und Land; Freiheitssinn und Sicherheit; Freistaat und direkte Demokratie),
- zusätzliche Postkarten: 8.500 x Gartenglück & faire Bedingungen, 1.000 Postkarten zur Freiwilligen Feuerwehr, 5.000 Postkarten zum Thema Hochschulfinanzierung (Demomaterial); 1.000 Postkarten zum Thema Betreuungsschlüssel in Kitas zur Fahrradtour der ErzieherInnen in Kitas und Kinderrippen und der "Bollerwagendemo" in Dresden
- Kopiervorlagen für die Ansprache von Wohnungslosen und mit Informationen zur Haushaltsituation in Sachsen
- es gab unser Kurzwahlprogramm auch in russischer Sprache
- 5.000 gedruckte Exemplare des Langwahlprogrammes
- 25.000 Stafix-Flyer und 60.000 Türanhänger für den 72-Stunden-Wahlkampf

Die Materialien der Landespartei wurden fast ausschließlich in Sachsen produziert und wir haben Wert bei der Auftragsvergabe darauf gelegt, bei Firmen zu produzieren, bei denen die Arbeitsbedingungen stimmen.

Auf den letzten Metern vorm Wahltag wurden nochmals auf Wunsch der Kreisverbände etliche Personenmaterialien nachproduziert. Dort erhöhte sich dann auch der Anteil an Eigenkreationen fernab von der Kampagne. Weiterhin ist nicht sicher, ob die Beauftragung von Materialien durch Kandidierende und Kreisverbände immer bei Firmen mit angemessenen Arbeitsbedingungen erfolgte.

Grundsätzlich hatten wir uns auf eine Tonalität verständigt, welche den Menschen das Leben nicht schlechter redet, als sie es selbst empfinden, sondern die Sächsinen und Sachsen von mitnimmt, wo sie mit ihren Auffassungen stehen. Wir wollten deutlich machen, dass es besser geht.

Die Frauenansprache haben wir nicht über ein gesondertes Material realisiert, sondern das Thema Gleichstellung in alle Materialien mit eingearbeitet. Gleichstellungspolitik sollte nicht als Nischenthema erscheinen, sondern sich durch alle Bereiche gleichermaßen ziehen.

Wir haben auch auf Barrierefreiheit unserer Materialien im Wahlkampf Wert gelegt. Die Website der LINKEN Sachsen ist barrierefrei. Weiterhin haben wir eine Kopiervorlage des Wahlprogramms in leichter Sprache produziert, wir haben für Menschen mit Sehbehinderung das Wahlprogramm in Teilen eingelesen und als Hörvariante auf der Website veröffentlicht. Weiterhin haben wir zur Wahlkampfhöhepunktveranstaltung wieder GebärdendolmetscherInnen dabei gehabt, so dass auch Gehörlose die Veranstaltung mit verfolgen konnten.

Die Materialien wurden weiterhin dergestalt produziert, dass wir sie auch im Onlinewahlkampf einsetzen konnten und die Motive dort entsprechend Viralität erzeugen konnten. Mehr zum Online-Wahlkampf siehe unten.

### **3.3. Widerstände**

In Folge der LandesvertreterInnenversammlung haben sich wenige KandidatInnen in einen eigenen Wahlkampf gestürzt, der distanziert von der Kampagne des Landesverbandes erfolgen sollte und explizit die Unterstützung und Einmischung von der Landesebene untersagt wurde. Das erleichtert es nicht, eine ganzheitliche Kampagne zu führen. Dennoch hat die WahlFabrik versucht eine Arbeitsebene zu erhalten, wenn auch an bestimmten Stellen zur Fairness auch der anderen KandidatInnen gegenüber im selben Verband aufgerufen werden musste.

Teilweise gingen die Einzelgänge so weit, dass eigene Layouts für Materialien entworfen wurden und eigene Spendenaktionen (zu Lasten regelmäßig gezahlter Parteibeiträge) initiiert wurden - auch über die Parteigrenzen hinaus, z.B. durch Mailings in Gewerkschaften. Inwiefern damit umgegangen wird, muss nach dem Wahltermin diskutiert werden.

Die Landespartei hatte sich auf Zweitstimmenwahlkampf verständigt, auch wenn es vor Ort die Einschätzung geben sollte, dass eine gewisse Wahrscheinlichkeit besteht, das Direktmandat zu gewinnen. In fast allen aussichtsreichen Wahlkreisen ist es gut gelungen, die Stimmenjagd auf die Erststimme gut mit der Zweitstimme zu verbinden. Es gab auch Materialien gegen Ende des Wahlkampfes, die nur noch auf die Erststimme gesetzt haben - inwiefern sich das auswirkt, entscheidet das Wahlergebnis.

Die Beschlussfassung zu strategischen Wahlkreisen in Gebietsverbänden hatte teils verheerende Auswirkung auf den gerechten Mitteleinsatz der Verbände und den Einsatz der personellen Ressourcen. So wurden die präferierten Wahlkreise teils so stark personell und finanziell bespielt, dass ohne Hilfe von außen nicht einmal das notwendige Grundrauschen für die Mobilisierung von Wählerinnen und Wählern hätte erreicht werden können. Ganze Wahlkampfteams wurden aus Wahlkreisen abgezogen und alle Aktivität auf die sog. strategischen Wahlkreise fokussiert. Dies widerspricht unserem eigentlichen Ansinnen und der mit allen Kreisen getätigten Verabredung, dass wir alle KandidatInnen gleich behandeln.

Im Rahmen der Kampagne gab es dennoch erstaunlich viele gestalterische Eigenkreationen - zum Beispiel Personenmaterialien, die weit entfernt waren von der Kampagnengestaltung. Es wurden in Teilen grundsätzlich andere Gestaltungsraster verwendet, teilweise waren Raster nicht mehr erkennbar, sondern nur noch ein Durcheinander an gestalterischen Elementen. Beim Nachahmen der Kampagne wurden falsche Schriftarten genutzt, was hätte durch die Zusammenarbeit mit der WahlFabrik vermieden werden können. Alles in allem hielt sich allerdings der Anteil an Eigenkreationen (bis auf eine Ausnahme) in Grenzen und es ist festzuhalten, dass mehrheitlich zumindest versucht wurde, in Anlehnung an die Kampagne zu arbeiten.

Wie zu fast jeder Wahl gab es auch diesmal eine Plakatdebatte. Insbesondere zwei Motive wurden dabei kritisiert. Das Bild des Plakates "Sächsisch und weltoffen" wurde dahingehend moniert, dass es einen falschen Eindruck erwecken könnte. Die Kritiken reichten von Meinungsäußerungen darüber, dass es falsch sei, den Eindruck zu erwecken, DIE LINKE sei für den Bau von Moscheen über die Kritik, dass es sich beim Bau um eine ursprüngliche Tabakfabrik handelte - das wurde gesundheitspolitisch als bedenklich eingestuft - bis hin zur zweifelhaften Historie des Gebäudes.

Das zweite Motiv, das Diskussion hervorrief war das Plakat "Leistungswille und Solidarität". Der größere Teil der Kritik bezog sich auf das Wort Leistungswille, wobei dabei angenommen wurde, dass wir als LINKE damit vermitteln könnten, dass wir dem Leistungserfordernis, welches ja andere Parteien immer wieder in den Mittelpunkt rücken, um Leistungen zu bekommen, plötzlich einverstanden seien. Weiterhin wurde der Bezug zum Flutmotiv moniert.

### **3.4. Die Touren**

#### **3.4.1 Allgemein**

Sinn und Zweck der Angebote der vielen verschiedenen Touren an die Kreisverbände war es, ein Grundgerüst an größeren und kleineren Wahlkampfaktivitäten zu Verfügung zu stellen, welches, organisiert von jedem Kreisverband für sich, kostenintensiv und organisatorisch aufwändig gewesen wäre. Es hat sich bei allen Touren um Angebote gehandelt, welche die Kreisverbände und Kandidierenden nutzen konnten, aber nicht mussten.

Alle Touren wurden gleichermaßen gut angenommen. Bei der Gesamtplanung wurde darauf geachtet, dass die Termine gleichmäßig in den Regionen verteilt werden und sich auch zeitlich über den gesamten Wahlzeitraum ziehen.

Die Gregor Gysi - Termine, die wir als erstes vorliegen hatten, waren die Renner und wurden dann durch alle weiteren Parteipromis sehr gut ergänzt. Es hat keine 14 Tage gedauert und alle Termine waren vergeben.

Teilweise konnten die Termine mediales Echo entfalten - sehr abhängig von den lokalen Redaktionen und teilweise aber auch von der Vorbereitung durch die Kreisverbände selbst. In jedem Fall ist das ausbaufähig.

Reibungsverluste bei der Vorbereitung der Touren gab es vor allem durch falsche Angaben gegenüber Ämtern, die Diskussion und Nachverhandlungen zur Folge hatten. Weiterhin hatte man das Gefühl, dass in die Barkastour vor Ort mehr Energie gesteckt wurde als in alles andere, obwohl klar kommuniziert wurde, dass die Tour autark läuft.

In den letzten beiden Wochen liefen teilweise bis zu 11 Touren parallel, was eine große logistische Herausforderung war, die mit Hilfe Ehrenamtlicher und auch der Kreisverbände selbst gut gemeistert werden konnte.

Insgesamt haben wir mit unseren zentralen Touren ca. 350 Termine realisieren können. Weiterhin haben die Kandidatinnen und Kandidaten vor Ort zusätzliche Veranstaltungen angeboten, so dass davon auszugehen ist, dass wir um die 500 Veranstaltungen und Wahlkampftermine realisiert haben. Darunter fallen noch nicht die traditionellen Infostände und Materialverteilungsaktionen.

### **3.4.2 Tour des Spitzenkandidaten**

Im Gegensatz zur Tour von Gregor Gysi haben wir bei der Tour des Spitzenkandidaten auf kleinere Formate, MultiplikatorInnenbesuche, Gespräch üben Gartenzaun usw. gesetzt. Die Kreisverbände haben die Termine größtenteils sehr gut vorbereitet. Rico Gebhardt war in fast jedem Wahlkreis

Gleich mit Start der Tour von Rico, mussten wir auf ein sehr hohes Medieninteresse reagieren. Einzelne schon vorbereitete Termine haben wir dem Medienanfragen "geopfert". Immer mit dem Blick auf die Erreichbarkeit von Menschen.

### **3.4.3 Tour von Gregor Gysi**

Bei der Tour von Gregor Gysi durch Sachsen haben wir das im Rahmen des Bundestagswahlkampfes praktizierte "Döbeln-Format" an allen Orten umgesetzt. Es gab eine kleine Bühne, eine Hüpfburg, Versorgung und ein ca. 2stündiges Programm, bei dem sich die KandidatInnen vorgestellt haben, ein wenig Unterhaltung aufgelockert hat und schließlich der Schlussredner Gregor Gysi als Höhepunkt sprach.

Uns ist es fast durchweg gelungen, damit gut besuchte Veranstaltungen in Mittelzentren Sachsens zu platzieren. Die Zuschauerzahlen lagen meist um 500 Personen.

Mit der Tour von Gregor Gysi haben wir es - bis auf eine Ausnahme - in alle Zeitungen im Regionalteil geschafft, was für die teilweise nicht ganz günstigen Tageszeitungen eine großartige Leistung ist.

### **3.4.4 Tour von Katja Kipping**

Die Tour von Katja Kipping lief nach einem ähnlichen Konzept ab, wie die des Spitzenkandidaten. Also Besuche von Vereinen, Verbänden standen im Mittelpunkt, aber auch kleinere Wahlkampfaktionen vor Ort wurden mit unterstützt. Glücklicherweise konnte uns Katja im Verlauf der Wahlkampfplanung noch mehr Termine als ursprünglich geplant zusagen, so dass alle Anfragen berücksichtigt werden konnten.

Auch hier wurden teilweise Termine mit den Direktkandidierenden wahrgenommen, die ohne Politpromi so nicht mögliche gewesen wären. Die lokale Presse hat entsprechend gut funktioniert.

### **3.4.5 Tour von Bernd Riexinger**

Die Tour von Bernd Riexinger richtete sich teilweise nach innen, aber auch nach außen. Er nahm als Diskutant bei Veranstaltungen teil. Er besuchte mit Leipziger KandidatInnen gemeinsam Amazon, besuchte in Chemnitz das Klinikum, um zwei Beispiel aufzuführen. Insbesondere der Zeitraum in der vorletzten Woche vor der Wahl, war vorteilhaft. Auch hier gab es die entsprechenden Reflexionen in der Presse.

### **3.4.6 Tour von Dietmar Bartsch**

Auch hier haben wir die kleinen Formate bevorzugt und Dietmar bei insgesamt 25 Terminen sowohl an Infoständen, als auch auf Podien diskutieren sehen. Dietmar besuchte 5 Landkreise, von Görlitz, über Nord- und Westsachsen bis Zwickau und Chemnitz.

### **3.4.7. Kochturen**

Anspruch war es in jedem Wahlkreis einmal zu kochen. Insgesamt hatte die Kochtour dann 57 Stationen. An einigen Tagen wurde die Kochtour zweimal aufgebaut.

Im Vergleich zur Kochtour 2013 waren wir deutlich professioneller unterwegs und ausgestattet. Bei fast allen Terminen konnte das Konzept eins zu eins umgesetzt werden und es gab Presseberichte und Bilder. In Radeberg und Leipzig haben wir zusätzliche Termine abgesichert.

Bei fast allen Terminen konnten wir unser Konzept, weniger kochen - mehr reden, umsetzen. Das Hauptziel, insbesondere KandidatInnen und Kandidaten, die noch nicht im Landtag waren, die Möglichkeit für lokale Medienresonanz zu geben, wurde über die Erwartungen hinaus erreicht. Insbesondere in den ersten drei Tourwochen wurde in den regionalen Zeitungen umfänglich über die beteiligten DirektkandidatInnen und deren politische Ziele umfänglich berichtet, dies reichte von Reportagen über Bildberichte bis hin zu langen Interviews. Ebenso berichteten lokale Fernseh- und Radiosender. Damit wurde der unmittelbare Zweck der Kochtour – nämlich regionalen Medien einen Anlass für letztendlich politische Berichte über unsere KandidatInnen und deren politische Inhalte zu geben – vollumfänglich erreicht.

#### **3.4.8. Barkastour**

Wir haben mit dem Barkas alle Landkreise bereist und vor allem kleinere Orte besucht, wo Politik nicht mehr wirklich hinkommt und stattfindet. Das Fahrzeug diente dabei als Blickfang und Werbeträger. Schwieriger war es für den Barkas ständig Fahrbereitschaft zu finden. Der gewünschte Effekt, dass uns die Leute in den Dörfern "hinterher rennen" blieb fast immer aus. Das Konzept ist auf jeden Fall ausbaufähig.

#### **3.4.9 Plakatierungsunterstützungstouren**

Ab Mitte Juli unterstützte die Landesgeschäftsstelle mit vielen ehrenamtlichen HelferInnen schwächere Flächenlandkreise bei der Plakatierung. In der heißen Wahlkampfphase haben wir in einigen Ecken noch mal nachplakatiert, wo Plakate zerstört oder abgerissen wurden. Die von den UnterstützerInnen gehangenen Plakate wurden auch wieder entfernt.

Ohne diese Unterstützung ist in einigen Flächenkreisen keine Plakatierung mehr möglich.

#### **3.4.10 Frauentour**

Um insbesondere die weiblichen DirektbewerberInnen zu unterstützen hat sich die LAG Lisa mit einem Angebot an sie gewandt. Die Frauentour war durch die sehr individuellen Absprachen mit den Kandidatinnen sehr vielschichtig und reichte vom gemeinsamen Infostand bis hin zu Diskussionsrunden in Frauenhäuser, Aktionstagen mit Flohmarkt vor Ort und dem Angebot eines Selbstverteidigungskurses. Die Tour war für die Kandidatinnen motivierend und zum Teil konnten durch den Fachaustausch spannende Impulse in die Arbeit der zukünftigen Fraktion getragen werden sowie auch in die Arbeit der LAG.

Auf positive Resonanz sind die Postkarten im Rahmen des Wahlkampfes gestoßen, welche Frauenspezifika jeweils mit aufgegriffen haben. Vermisst wurde im Wahlkampf ein Frauenplakat.

#### **3.5. Zusätzliche Events**

*Buchlesung mit Jan Korte "Geh doch rüber"*

Sowohl auf dem Meißner Markt, als auch Indoor hat das Format der Buchlesung funktioniert. Klein aber fein, erzählte Jan Korte Geschichten um unseren Barkas und Wahlkampf Erfahrungen, die alle teilen konnten. Es gab insgesamt 4 Lesungen.

*Buchlesung mit Klaus Lederer "queer.macht.politik."*

fand in Dresden und Leipzig statt.

*Veranstaltung mit Gründern der Apfelfront*

Ein Format und Thema für ländlichen Raum und Großstadt. Wurde auch so 4 mal abgerufen und veranstaltet.

### **3.6. Viele helfende Hände**

Bereits beim Bundesparteitag im Februar waren wir bei anderen Landesverbänden und baten um Unterstützung für den Wahlkampf. Durch Teambildung konnten wir über 70 UnterstützerInnen in Sachsen begrüßen. Zum größten Teil zur Unterstützung in den Kreisverbänden, aber auch zur Unterstützung der WahlFabrik. Soviel Unterstützung gab es noch nie. Die Leute sind gekommen, weil es Ihnen Spaß gemacht hat, weil sie DIE LINKE Sachsen mögen und weil es mal Spaß macht wieder eine Partei zu sein:)

## **4. Der Onlinewahlkampf**

Der Onlinewahlkampf, den wir erstmals gleichberechtigt neben der klassischen Kampagne geführt haben, kann als voller Erfolg angesehen werden. Wir haben eine sehr gute Performance und abgestimmte Formate (Bilder, Filme, Statements) geliefert. Die auch von der Fachpresse wohlwollend gelobt wurde. Unterstützt wurde die inhaltliche Kampagne dabei von einer Reichweitenkampagne auf Facebook, die uns rund 2,5 Millionen Views und knapp 5.000 Likes eingebracht hat. Dies übertraf die Planungen bei Weitem. Der Mitteleinsatz erfolgte hier also deutlich effektiver als erwartet und überholt in den Tausendersichtzahlen im Verhältnis zum finanziellen Aufwand sogar Großflächen bei Weitem. Auch die abgestimmte Arbeit zwischen Partei und Agentur – Erstere lieferte den Content, Letztere das Monitoring und die Anzeigensteuerung – funktionierte einwandfrei. Gerade im Hinblick auf die steigende Bedeutung der Onlinekampagne für den nächsten Wahlgang unbedingt verstetigt werden. Auch die Zugriffe auf andere Social-Media-Profilen und auf die eigene Website haben sich entsprechend entwickelt. Auf der Website stiegen die Zugriffszahlen bis zum Wahlkampf auf das zehnfache des Normalwertes an. Hier standen bei den BesucherInnen deutlich Inhalte im Vordergrund. Interessanter Beleg dafür ist, dass die Absprungrate (Verlassen der Seite nach erstem Seitenaufruf, normalerweise bei 70%, auf unserer Seite bei durchschnittlich 40%) für User, die online das Wahlprogramm aufsuchten bei 0% lag. Die durchschnittliche Verweildauer auf der Seite lag beim Wahlprogramm bei über drei Minuten. Der Onlinewahlkampf mag (noch) nicht wahlentscheidend sein, dennoch ist zu beobachten, dass wir online tatsächlich eine Durchschlagskraft haben. Wir sind mittlerweile stärkste demokratische Kraft im Freistaat im Social-Media-Bereich und hatten mehrfach die reichweitenstärksten politischen Beiträge im Bundesvergleich. Als Vorteil erwies sich dabei die gute Kooperation mit anderen Präsenzen unserer Partei: So wurden unsere Inhalte teilweise über die Kanäle der Bundespartei, wie auch von Gregor Gysi, Katja Kipping und Bernd Riexinger geteilt, was unserer Reichweite deutlich zuträglich war.

## **5. Zentrale Planungen in Absprache mit KV**

Im Juni 2012 bildete der Landesvorstand für die Vorbereitung und Durchführung der Wahlkämpfe in den Jahren 2013 und 2014 ein Wahlplenum, dem mindestens die Wahlkampfleitung, der Landesvorsitzende, die Vorsitzenden der Kreisverbände, die WahlkampfleiterInnen der Kreisverbände, die Verantwortliche für den Frauenwahlkampf, die/der Verantwortliche für den Jugendwahlkampf, mindestens ein Mitglied der sächsischen Landesgruppe im Bundestag und ein Mitglied des Fraktionsvorstandes der Landtagsfraktion in Sachsen, mindestens ein Mitglied der Steuerungsgruppe Dialog für Sachsen, die MitarbeiterInnen für den Wahlkampf der Landesverbandes, ein/e VertreterIn der Agentur zu den Beratungen, in denen Wahlkampfmaterialien bzw. Fragen der Wahlkampfauftritte besprochen werden angehören.

Das Wahlplenum traf sich auch zur Vorbereitung der Landtagswahl einmal im Monat und traf sowohl politische als auch organisatorische Entscheidungen, die nicht in den Aufgabenbereich des Landesvorstand oder anderer satzungsmäßiger Gremien fielen.

Alle Entscheidungen zu Materialien, Touren, Terminen und zur Kampagne haben wir gemeinsam im Wahlplenum entschieden.

Wechselnde Besetzung oder Abwesenheit bei den Wahlplena waren für die Kommunikation nicht hilfreich. Mehrfach gab es eine Kommunikationslücke zwischen VertreterInnen des Wahlplenums und den BasisgenossInnen. Das muss bei der Planung der nächsten Wahlkämpfe besser und noch transparenter organisiert werden.

Der Kampagnenentwurf mit Materialien wurde im Vorfeld mit dem 6er Team, allen Kreisverbänden und einzelnen Ortsverbänden besprochen und vorgestellt. Die Gesamtgestaltung und Linie der Kampagne fand große Zustimmung. Einzelne Motive wurden im Laufe der Diskussion überarbeitet und geändert.

**5.1. Finanzen - Ausgaben für die Wahlkämpfe im Jahr 2014**

Nr	Ausgaben	Planung 2014	Ausgaben laut Angebot		Ausgaben laut Rechnungslegung	
			absolut	rel.	absolut	rel.
1.	Personal, Honorare	125.000 €	107.684,10 €	86%	85.898,86 €	69%
2.	Wahlparteitage, VertreterInnenversammlung	35.000 €	45.000,00 €	129%	45.538,45 €	130%
3.	Agenturen, Analysen, Beratung, Training, Schulungen	65.000 €	60.820,53 €	94%	60.558,98 €	93%
4.	Großflächen	160.000 €	138.197,59 €	86%	137.758,21 €	86%
5.	Plakate	105.000 €	112.805,22 €	107%	113.419,24 €	108%
6.	Druckkosten	80.000 €	70.498,21 €	88%	75.191,28 €	94%
7.	Unterstützung DirektbewerberInnen	35.000 €	30.345,41 €	87%	32.392,95 €	93%
8.	Material Briefwahl und 48 Stunden	31.000 €	7.418,22 €	24%	7.405,13 €	24%
9.	Anzeigen, TV, Radio	55.000 €	50.962,93 €	93%	52.196,31 €	95%
10.	Veranstaltungen / Touren	25.000 €	27.237,20 €	109%	26.610,31 €	106%
11.	Kfz-Kosten	10.000 €	10.037,50 €	100%	15.025,42 €	150%
12.	Kleinwerbemittel	40.000 €	32.933,24 €	82%	51.841,28 €	130%
13.	Sonstiges	10.000 €	1.930,06 €	19%	1.930,06 €	19%
14.	Unterstützungen für Gebietsverbände	10.000 €	5.329,18 €	53%	4.106,32 €	41%
15.	Jugendfond	8.000 €	8.000,00 €	100%	8.000,00 €	100%
16.	Reserve	6.000 €	0,00 €	0%	0,00 €	0%
		<b>800.000 €</b>	<b>709.199,39 €</b>		<b>717.872,80 €</b>	

*Es stehen noch Rechnung in Höhe von maximal 2800 Euro aus.*

**Ausgaben für weitere Wahlkreise**

Wahlkreis Dietmar Pellmann	Kenntnisnahme als Strateg. Wahlkreis im Wahlplenum	668,61 €	Kleinwerbemittel
Wahlkreis Volker Külow	Kenntnisnahme als Strateg. Wahlkreis im Wahlplenum	668,61 €	Kleinwerbemittel

Wahlkreis Juliane Nagel	Kenntnisnahme als Strateg. Wahlkreis im Wahlplenum	500,00 €	Plakate Druckkostenzuschuss
Wahlkreis Susanne Schaper		1.000,00 €	Pauschaler Zuschuss (Rechnungen über Ausgaben lagen in doppelter Höhe vor)
Wahlkreis Kerstin Lauterbach			Unterstützung durch Präsenz des Spitzenkandidaten
Wahlkreis Uta Knebel			Unterstützung durch Präsenz des Spitzenkandidaten / konkrete Unterstützung im OB-Wahlkampf

#### Festlegung des Wahlplenums am 24. Juni 2014:

- Es wird zur Kenntnis genommen, dass in 3 Leipziger Wahlkreisen um das Direktmandat gekämpft wird. Die Landesgeschäftsstelle wird gebeten, die in den Schreiben formulierten Anforderungen im Rahmen der Wahlkampfstrategie zu unterstützen.
- Es wird darum gebeten, konkrete Bitten zu äußern, die dann punktuell geprüft werden können. Die Unterstützung kann nicht pauschal erfolgen.
- Es wird darum gebeten, dass keine Erststimmenkampagne geführt wird, sondern um beide Stimmen gekämpft wird.

Angenommen mit übergroßer Mehrheit

#### **Ausgaben aufgeschlüsselt nach Wahlkämpfen**

	Ausgaben nominell	Ausgaben prozentual
<b>allgemein (A)</b>	9 1.571,72 €	13 %
<b>Europawahl (E)</b>	1.769,02 €	
<b>Kommunalwahl (K)</b>	39.625,05 €	6 %
<b>Landtagswahl (L)</b>	584.907,02 €	81%
<b>Gesamt</b>	<b>717.872,80 €</b>	

## **6. Medienberichterstattung**

### **6.1. Spitzenkandidat**

Der Spitzenkandidat wurde – gerade auf Grund seiner Persönlichkeit – gerne als Gesprächspartner gewählt. Dabei gelang es, Rico tatsächlich als den Herausforderer Tillichs zu positionieren. Wenn auch – wie das medial vermittelte Bild war – als Herausforderer ohne echte Chancen. Dennoch war die Berichterstattung über Rico weitestgehend wohlwollend, das mediale Interesse an der Person Gebhardt war vergleichsweise groß. Den wirkungsvollsten Auftritt hatte Rico – erwartungsgemäß – bei der Ostseebädertour. Diese Bilder begleiteten den Wahlkampf, waren auf allen Kanälen und erreichten – insbesondere im Boulevard – starken Niederschlag. So brachte die MoPo die Aktion gleich zweimal, einmal mit – zugegebenermaßen – wenig schmeichelhaftem Titel, aber ausgewogenen Artikel. Auch in der BILD wurde die Geschichte ganzseitig ausgerollt, was dem Ziel der Erhöhung der Bekanntheit des Spitzenkandidaten zuträglich gewesen sein dürfte. Insgesamt hat die Person

Rico Gebhardt medial eine hohe Aufmerksamkeit genossen, er war als Gesprächspartner gefragt, allerdings stets mit dem Makel des Wahlkämpfers ohne Machtopion. Dieses Underdog-Image scheint wesentlich zum Interesse der Medien beigetragen zu haben.

## **6.2. Auftakt**

Obschon die sächsische Presselandschaft nahezu vollständig anwesend war, wurde dieser zumindest im Printbereich zunächst fast komplett ignoriert. Einzig der Sachsenspiegel und MDR Aktuell hatten am Tag selbst einen Beitrag produziert. Das vermittelte Bild war dabei: DIE LINKE. Sachsen geht – angesichts der ersten Großfläche – mit einem Paukenschlag, mit Trotz in den Wahlkampf. Die Partei zeigt sich geeint, jung, dynamisch, setzt auf kleine Formate im Wahlkampf und will vor Ort präsent sein. Diese Beiträge zeichneten insofern das beabsichtigte Bild, unsere Botschaften kamen an. Erst etwas später sollten Versatzstücke und an diesem Tag produzierte Bilder und Aussagen auch im Printbereich vermittelt werden, allerdings nicht im Kontext dieser Veranstaltung, sondern als Symbolbilder, Footage-Material, etc. Zu einem Symbolbild entwickelte sich dabei interessanterweise die Enthüllung der ersten Großfläche, deren Aussage „25 Jahre CDU sind genug“ zumindest in der veröffentlichten Meinung angekommen war. So zitierten einige Redakteure im Verlauf des Wahlkampfes fast wörtlich diese Aussage, natürlich ohne die Quelle zu nennen.

## **6.3. Wahlkampfbegleitend**

Wahlkampfbegleitend hat die Partei breite Berichterstattung erfahren. Nicht nur die Landesmedien, sondern auch in der bundesweiten Presse wurde breit vom Wahlkampf berichtet. Dabei gab es allerdings einen deutlichen Unterschied zwischen Bund und Land. Während wir in Sachsen als Herausforderer der CDU – freilich ohne wirkliche Chance – dargestellt wurden, fokussierte sich die bundesweite Berichterstattung vor allen Dingen auf die „engagierte“ Aufholjagd der SPD und ihres Spitzenkandidaten. DIE LINKE kam dabei meist als Randnotiz vor. Allerdings ist davon auszugehen, dass die überregionalen Printmedien kaum eine Rolle für die Wahlentscheidung in Sachsen gespielt haben dürften, so dass es galt, sich auf die lokale Berichterstattung zu fokussieren. Hier muss konstatiert werden, dass wir weitestgehend fair behandelt wurden. Mit wenigen regionalen Ausnahmen galt das auch im Wahlkampf vor Ort. Wir waren beinahe täglich in den Medien präsent und konnten dabei zumindest im Wesentlichen unsere Positionen vertreten. Eigenständige Vorstöße in Richtung Kritik an TTIP als Thema des Landtagswahlkampfes oder den Folgen der EU-Sanktionen gegen Russland im Ukraine Konflikt für den Freistaat, konnten sich jedoch nicht verfangen. Hier konzentrierte sich die Presselandschaft allein auf Wahlkampfthemen im Freistaat und klopfte dabei die bekannten Positionen ab (Bildung, Polizei, KITAS), in denen sich die Positionen der Parteien kaum unterschieden. Auch Vorstöße in Abgrenzung zu SPD und Grünen und zur Thematisierung des Glaubwürdigkeitsproblems dieser Parteien wurden nur selten aufgegriffen. Dadurch wurde die Darstellung von Unterscheidungsmerkmalen unserer Partei gegenüber andere Parteien zunehmend erschwert, zumal – mit fortschreitendem Wahlkampf – interessanterweise die SPD fernab ihres Programms Positionen der LINKEN in der Wirtschaftspolitik übernahm.

## **6.4. Kipping, Riexinger, Gysi, Bartsch und Co.**

Die Touren der „Parteiprominenz“ wurden unterschiedlich reflektiert. Während Auftritte von Gregor überall eine entsprechende regionale Berichterstattung nach sich zogen, war dies bei Katja und Bernd bereits deutlich abgeschwächer. Bernd's Tourauftakt fiel mit den Nachwehen

des Zeitungsduells zusammen, so dass zunächst nur ein begrenztes mediales Interesse bestand. Die Touren von Dietmar Bartsch und Helmuth Markov fanden medial so gut wie nicht statt.

### **6.5. Zuspitzung zum Wahlkampf hin**

Mit fortschreitendem Wahlkampf wurde medial deutlich, dass wir als Herausforderer der CDU zu sehen sind. Gleichwohl machten die Medien dabei immer wieder klar, dass aus ihrer Sicht das Rennen bereits gelaufen war. Vom ersten Tag der Kampagne an wurde vermittelt, dass sich die CDU nach der Wahl lediglich einen neuen Partner suchen müsse. Dies machte eine Zuspitzung deutlich schwerer. Wir haben frühzeitig versucht – wie in der Wahlstrategie festgelegt – das Glaubwürdigkeitsproblem von SPD und Grünen zu artikulieren, als deutlicher wurde, dass diese angesichts des medial vermittelten Bildes der entschiedenen Wahl um eine möglichst starke Position an der Seite der Union werben würden. Allerdings ist uns dies nur begrenzt gelungen, so dass wir auf eigene Materialien zurückgreifen mussten: Diese Position artikuliert sich dabei beispielsweise in der Wahlzeitung, im 48h-Material, usw., jedoch kaum medial. Ein – ehrlicherweise – relativ dröger Wahlkampf plätscherte dahin, ohne dass wir tatsächliche Hebel zu einer gesteuerten Zuspitzung in der Auseinandersetzung gehabt hätten.

### **6.6. Vergleich zu anderen Parteien und zu 2009**

Insgesamt können wir im Vergleich zu anderen Parteien ein positives Resümee ziehen: Wir wurden nicht attackiert – was unter Umständen vielleicht auch ein Vorteil gewesen wäre –, und traten aus der Kampagne heraus mit keinerlei Skandalen öffentlich in Erscheinung. Dabei konnten wir gegenüber den Medien vor allen Dingen mit unserer Offenheit und Transparenz in der Wahlkampfführung punkten, was beispielsweise die Frage der Wahlkampffinanzien oder der Wahlkampforganisation betraf. Hier haben sich alle anderen nicht in die Karten schauen lassen, was uns so im positiven Grundbild zu Gute kam. Dieses positive Grundbild ist auch das wesentliche Unterscheidungsmerkmal zu 2009. Während dort meist ein verkramptes und unentspanntes Bild der LINKEN im Wahlkampf gezeichnet wurde, haben wir es in den letzten Jahren erreicht, dass uns inzwischen Attribute wie bodenständig, unaufgeregt, mit Freude und Überzeugung dabei und auch jung zugeschrieben werden. Dies allerdings gilt es in den kommenden Jahren zu verstetigen, denn weiterhin werden wir als Rufer ohne konkrete Problemlösungen und als ewige Opposition ohne wirkliche Gestaltungsoption gesehen. Dieses öffentliche Bild erschwert Mobilisierung sehr stark.

## 7. Die Wahlergebnisse

### Vorläufiges Landesergebnis

Merkmal	Direktstimmen		Listenstimmen	
	absolut	%	absolut	%
<b>WAHLBERECHTIGTE</b>	3 375 734	x	3 375 734	x
<b>WÄHLER</b>	1 659 645	49,2	1 659 645	49,2
<b>UNGÜLTIGE STIMMEN</b>	29 353	1,8	22 281	1,3
<b>GÜLTIGE STIMMEN</b>	1 630 292	98,2	1 637 364	98,7
<b>DAVON ENTFIELEN AUF</b>				
<b>CDU</b>	646 666	39,7	645 344	39,4
<b>DIE LINKE</b>	341 780	21,0	309 568	18,9
<b>SPD</b>	215 659	13,2	202 370	12,4
<b>FDP</b>	66 343	4,1	61 847	3,8
<b>GRÜNE</b>	102 610	6,3	93 852	5,7
<b>NPD</b>	83 705	5,1	81 060	5,0 <sup>1)</sup>
<b>TIERSCHUTZPARTEI</b>	x	x	18 620	1,1
<b>PIRATEN</b>	25 941	1,6	18 160	1,1
<b>BÜSO</b>	5 868	0,4	3 346	0,2
<b>DSU</b>	251	0,0	2 472	0,2
<b>AFD</b>	105 017	6,4	159 547	9,7
<b>PRO DEUTSCHLAND</b>	x	x	3 162	0,2
<b>FREIE WÄHLER</b>	32 383	2,0	26 396	1,6
<b>DIE PARTEI</b>	3 004	0,2	11 620	0,7
<b>FREIE BÜRGER</b>	77	0,0	x	x
<b>KONRAD SKATULA</b>	418	0,0	x	x
<b>SCHAAR</b>	113	0,0	x	x
<b>WAGNER</b>	316	0,0	x	x
<b>WV MFU</b>	141	0,0	x	x

1) Partei wird bei der Verteilung der Sitze auf die Landeslisten nicht berücksichtigt, da der ungerundete Anteil der Listenstimmen unter fünf vom Hundert der abgegebenen gültigen Listenstimmen liegt.

### Die Sitzverteilung

Im neu gewählten Sächsischen Landtag gibt es 126 Sitze, die sich wie folgt aufteilen:

Mandat durch ...	Ins- gesamt	CDU	DIE LINKE	SPD	GRÜNE	AfD
<b>2014</b>						
Direktstimmen	60	59	1	0	0	0
darunter Überhangmandate	3	3	0	0	0	0
Listenstimmen	66	0	26	18	8	14
darunter Ausgleichsmandate	3	0	1	1	0	1
<b>Insgesamt</b>	<b>126</b>	<b>59</b>	<b>27</b>	<b>18</b>	<b>8</b>	<b>14</b>

#### 7.1. Erste Einschätzung der Wahnacht

„Die sächsische LINKE ist und bleibt trotz Verlusten die zweitstärkste politische Kraft und größte Oppositionskraft im Freistaat. Aus dieser Position heraus gelingt es ihr jedoch auch bei der sechsten Landtagswahl nach Wiedergründung des Landes nicht, Gestaltungsverantwortung in der Landesregierung wahrzunehmen. Sie bleibt damit zunächst

der einzige ostdeutsche Landesverband der Partei ohne greifbare Regierungsoption. Das linke Wahlziel, durch eigene Stärke die CDU unter die 40% zu drücken, war somit nicht zu erreichen.

Die Ablösung der CDU als »ewiger Regierungspartei« durch ein rot-rot-grünes Bündnis hatte sich durch die Schwäche der FDP bei der Bundestagswahl als obsolet erwiesen, da den potentiellen Rot-Rot-Grünen Partnern nun Optionen als kleinerer Partner der Union offen standen.

Seitdem konnte es nur noch darum gehen, als »ewige Oppositionspartei« ein achtbares Ergebnis zu erzielen. Dieses Szenario lag bereits der Aufstellung der Wahlstrategie und der Vorbereitung des Wahlkampfes zugrunde. Deshalb verzichtete die Partei auch – anders als in vorigen Wahlkämpfen darauf –, einen Ministerpräsidentenkandidaten zu benennen. Gleichzeitig vermied die Partei einen Wahlkampf, der darauf abzielte, die Situation des Freistaates in den schwärzesten Farben zu zeichnen. Bereits bei früheren Wahlen hatte sich gezeigt, dass eine solche Strategie und Kommunikation – angesichts der großen Zufriedenheit in der Bevölkerung und der eigenen Wähler/-innenschaft mit der Landesregierung – nicht verfängt.

Stattdessen konzentrierte sich der Wahlkampf darauf, die politische Erstarrung im Land zuzuhemeln, die aus einem Vierteljahrhundert CDU-Regierung zwangsläufig erwächst. DIE LINKE demonstrierte ihre Bereitschaft zum politischen Wechsel und lud SPD und Grüne dazuein, sich an einem solchen Wechsel zu beteiligen resp. ihn langfristig zu ermöglichen.

Gleichzeitig betonte die Partei, dass nur die Wahl der LINKEN eine Garantie dafür sei, dass die CDU nicht weiter regieren könne, da die anderen Parteien letztlich potenzielle Koalitionspartner der Union seien. In einerseits wie betont erscheinender politischer Asymmetrie zwischen der dominierenden CDU, zwei Mittelparteien, von denen eine groß (Linkspartei) und die andere klein ist (SPD) sowie mehreren Kleinparteien (von Grünen über FDP bis zu AfD und NPD) und bundespolitischen Rahmenbedingungen andererseits, in denen eine Proteststimmung wie 2004 oder ein politischer Hype der Linkspartei wie 2009 nicht bestand, war diese Strategie alternativlos.“

Gemessen in absoluten Stimmen und ohne Berücksichtigung der geringen Wahlbeteiligung einerseits sowie der absolut gesunkenen Zahl der Wahlberechtigten andererseits, erreicht die Linkspartei ihr zweitschlechtestes Landtagswahlergebnis und das drittschlechteste Wahlergebnis im Freistaat überhaupt (ohne Kommunalwahlen). Sie erringt das Direktmandat im Wahlkreis Leipzig 2 erstmals, verliert jedoch die zuletzt 2004 und 2009 gewonnenen Wahlkreise Leipzig 3 und Chemnitz 4. Die 2004 errungenen Wahlkreise Leipzig 5 und Hoyerswerda (WK 55) konnten bereits 2009 nicht mehr verteidigt werden. DIE LINKE hat gegenüber der Landtagswahl 2004 einen Anteil von 4,7% verloren. Sie bewegt sich prozentual auf einem Niveau unterhalb der Landtagswahl 1999. In absoluten Stimmen verlor die Partei seit 1999 insgesamt 170.749 Wähler/-innen, wobei hier die absolut gesunkene Zahl der Wahlberechtigten und die geringere Wahlbeteiligung nicht einbezogen sind. Dies entspricht rund 35,5% der Stimmen von 1999.

Kurzum: Die sächsische Linkspartei hatte im Wahlkampf kein Strategie- oder Persönlichkeitsproblem, sondern ist konfrontiert mit

- generell absinkender Mobilisierungsfähigkeit der Partei in Ostdeutschland
- landespolitischen Rahmenbedingungen, die mit dominierender CDU und ohne Wechselstimmung einerseits sowie konfrontiert mit erfolgreichen rechtspopulistischen Protestparteien (AfD und NPD) andererseits ein Wachstum bei Wahlen äußerst erschweren
- im Vergleich zu anderen ostdeutschen Ländern ungenügenden Möglichkeiten, ihre politische Gestaltungsfähigkeit in der Landesregierung oder auf kommunaler Ebene durch Landrätinnen und Landräte (vgl. Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Thüringen) oder Oberbürgermeister/-innen größerer Städte wie Schwerin oder Eisenach zu verdeutlichen.

Unter diesen Bedingungen erreichte sie ein achtbares Ergebnis – die strukturellen Probleme bleiben bestehen.

## **7.2. Die wichtigsten Politikfelder und wahlentscheidenden Themen**

Im SachsenTREND erfragte Infratest-dimap, wie auch bei den anderen Wahlen, die wichtigsten politischen Probleme in den Augen der Wählerinnen und Wähler.

Das Themenfeld Schule/Bildung/Ausbildung lag mit 38% an der Spitze und hatte gegenüber 2009 um 9 Prozentpunkte zugenommen. Auch Familienpolitik hatte mit 19% um 10% gegenüber 2009 an Bedeutung hinzugewonnen.

Angesichts dieser Wahrnehmung überrascht es nicht, dass 65% der Befragten die Auffassung vertraten, dass die neue Landesregierung in Schule und Bildung investieren sollte, während 14% den Schuldenabbau für vordringlich erachteten.

Demgegenüber nahm die Bedeutung der wirtschaftlichen Situation um 13% ab und lag bei 11%, die Relevanz des Thema Arbeitslosigkeit/Arbeitsmarkt reduzierte sich um 36%, lag aber mit 29% auf Platz 2.

Das Themenfeld Kriminalität lag auf Platz 5 mit 11% und einem Bedeutungszuwachs von 7%.

## **8. Zusammenfassung**

Drei der fünf ostdeutschen Länder führen im Abstand von 14 Tagen Landtagswahlen durch. Während in Brandenburg die derzeit einzige rot-rote Landesregierung um Bestätigung für ihre Arbeit wirbt und in Thüringen erstmals ein linker Ministerpräsident ins Amt kommen könnte, kann die sächsische CDU auch nach der sechsten Landtagswahl im Freistaat den Ministerpräsidenten stellen.

Der Sächsische Landtag ist von einem Sechs-Parteien- zu einem Fünf-Parteien-Parlament geworden. Die FDP wurde deutlich, die NPD denkbar knapp hinausgewählt, die »Alternative für Deutschland« schaffte den Einzug in das erste Landesparlament deutlich.

Die schwarzgelbe Koalition wurde abgewählt, was insofern auch das »Verdienst« der CDU ist, also sie konsequent eine Leihstimmen-Kampagne zu Gunsten des kleinen Partners verweigerte. Schwarzgelb ist keine gesetzte Wunschkoalition mehr.

Die bereits bei der Bundestagswahl diagnostizierte Schwäche der Parteien links von der Union findet in Sachsen ihre Fortsetzung: LINKE, SPD und Grüne verlieren zusammen etwa 10% ihrer Stimmen von 2009, ihr gemeinsamer Stimmenanteil sinkt von 37,4% auf 37%. Auch in Sachsen gilt, dass die schwindende Parteibindung, die Wechselbereitschaft der

WählerInnen, ihre politische Heimatlosigkeit keinen Vorteil für die Parteien links der Union mit sich bringt. Die parteipolitischen Lager in Sachsen zeigen sich erstaunlich stabil. Bewegung und Dynamik bis hin zu wahlpolitischen Verwerfungen finden im reichen politischen Spektrum, im Lager der vermeintlich »bürgerlichen« Parteien statt.

### **8.1. Die letzte schwarz-gelbe Landesregierung geht von Bord**

Erwartungsgemäß bleibt die CDU mit Abstand stärkste Partei und wird auch weiterhin den Ministerpräsidenten stellen. Sie verliert zum dritten Mal in Folge und sinkt mit 39,4% auf ihr niedrigstes Ergebnis einer Landtagswahl im Freistaat. Gegenüber ihrem besten Landtagswahlergebnis (1999) büßt sie 17,5 Prozentpunkte ein, gegenüber 2009 gut 10 Prozentpunkte ihrer Stimmen ein.

Dies ist kein Verdienst der Mitte-Linksparteien ist, sondern der AfD. Eine Koalition mit der AfD hat die Bundes-CDU kategorisch ausgeschlossen. Das hat Gründe mit Blick auf die anstehenden Wahlen vor allem in Thüringen, es geht aber auch darum, durch die Distanz zur AfD weiterhin Druck auf die SPD ausüben zu können, die gleiche Distanz zur Linkspartei zu wahren.

Mit Ausnahme des Wahlkreises Leipzig 2 gewinnt die Union alle Direktmandate. Fünf Jahre zuvor gewann DIE LINKE noch einen Wahlkreis in Chemnitz, der nun ebenfalls an die CDU geht.

Durch das knappe Ausscheiden der NPD aus dem Landtag kann die CDU nun zwischen SPD, AfD und Grünen als Koalitionspartner entscheiden. Da Ministerpräsident Tillich ein Bündnis mit der AfD am Wahlabend ausschloss, werden voraussichtlich SPD und Grüne zu Sondierungsgesprächen eingeladen werden.

Der bisherige Koalitionspartner FDP wird nach dem Verlust der parlamentarischen Repräsentanz in Bayern und dem Bundestag im Herbst des vergangenen Jahres auch im sächsischen Landtag nicht mehr vertreten sein.

Der Einzug in das Europaparlament im Schlepptau anderer Kleinparteien konnte ebenso wenig wie der Versuch, sich von der Bundespartei abzusetzen für die sächsische FDP Rückenwind erzeugen. Zwanzig Jahre nachdem die Liberalen erstmals aus dem Landtag gewählt wurden, sind sie nun wieder außerparlamentarisch. Ob die parlamentarische Abstinenz wieder zehn Jahre dauert, oder ob die Partei überhaupt wieder in den Landtag einziehen kann, wird sich zeigen. Denn das Ausscheiden der FDP aus dem Landtag beruht nicht allein auf der Stärke der AfD.

Das Wahlverhalten der ehemaligen FDP zeigt in Richtung Abkehr von Politik und Wahlen, in Richtung nationalliberale und -konservative Wahlentscheidung (AfD, Union) und in Richtung sozial-liberale Wahlentscheidung.

Wie eine Rückkehr der FDP als liberale Partei aussehen könnte, ist unklarer denn je. Sie scheint nicht mehr gebraucht zu werden.

Die Liberalen sind seit dem sächsischen Wahlsonntag nur noch in 7 von 16 Landesparlamenten vertreten. Es ist nicht auszuschließen, dass sie zwei Wochen später sowohl Brandenburg als auch in Thüringen aus dem Landtag ausscheiden wird. Eine derart geringe Parlamentsrepräsentanz gab es zuletzt nach den Wahlen der Jahre 1999/2000, als

die Partei ebenfalls in 11 Landtagen nicht vertreten war, aber immerhin in drei Landesregierungen.

Das Ausscheiden der FDP aus dem Landtag besiegelt auch das vorläufige Ende eines politischen Modells. Zum zweiten Mal seit 1971 gibt es in Deutschland weder auf Bundesebene noch in einem Bundesland eine schwarz-gelbe Koalition. Nachdem 1951 erstmals in Rheinland-Pfalz eine Regierung aus CDU und FDP gebildet wurde, amtierten für zwanzig Jahre konservativ-liberale Regierungen in Bonn, Berlin, Düsseldorf, Kiel, Mainz, Saarbrücken und Stuttgart. Erst sechs Jahre später bildeten beide Parteien im Saarland und in Hannover wieder Landesregierungen. Nach der Bundestagswahl 2009 regierten Union und Liberale sowohl im Bund als auch in sieben Landesregierungen (BW, BY, HE, NI, NW, SH, SN) – so viel schwarz-gelb war nie zuvor und danach. (Wahlbericht Hoff und Kahrs)

DIE LINKE kann langfristig nur auf einen Abnutzungseffekt der CDU hoffen und muss für diesen Fall als glaubwürdige Alternative im Bündnis mit anderen politischen Kräften bereit stehen. Bis dahin muss ihr Ziel darin bestehen, auf lokaler und regionaler Ebene die Union von der Macht abzulösen, also den Regierungswechsel von unten einzuleiten. Dass in der Landeshauptstadt kurz vor der Landtagswahl ein rot-grün-rotes Bündnis gemeinsam mit den Piraten im Stadtrat gebildet wurde, ist sinnfälliges Beispiel für ein solches Vorgehen.

Die Stärkung der Partei auf der lokalen Ebene ist darüber hinaus die einzige Gewähr für eine Umkehrung des Trends stetig absinkender Wahlergebnisse auf Landesebene. Ein nächster Schritt dahin können die Landrats- und Bürgermeisterwahlen im Sommer 2015 sein.